Öffentlichkeit in der „Mediendemokratie“ aus der Perspektive konkurrierender Demokratietheorien

Renate Martinsen

1. Auf dem Weg zur Mediendemokratie?

Öffentlichkeit gilt als konstitutives Element von Demokratien. Die regulative Kernidee von Demokratie als „Herrschaft des Volkes“ zielt darauf ab, dass diejenigen, die von Entscheidungen betroffen sind, auch am Prozess der Entscheidungsfindung beteiligt sind. Demokratisches Regieren beruht demnach auf dem Einverständnis der BürgerInnen zu dieser Ordnung und verweist insofern auf das Erfordernis öffentlicher Kommunikation. Das Prinzip „Öffentlichkeit“ kann dabei in unterschiedlichen Manifestationen zu Tage treten: Während in der antiken Polis als dem demokratischen Urmodell die unmittelbare Interaktion unter Anwesenden maßgeblich war, spielt diese Form politischer Öffentlichkeit in modernen Flächenstaaten nur noch eine periphere Rolle. Öffentlichkeit wird in modernen Gesellschaften wesentlich durch die Massenmedien hergestellt, ist also – mit anderen Worten – insbesondere massenmedial vermittelte Öffentlichkeit.

Erstaunlicherweise spielten Reflexionen zur Rolle politischer Öffentlichkeit in der Politikwissenschaft lange Zeit eher eine marginale Rolle.[1] Erst Anfang der 90er Jahre ist es zu einer unverkennbaren „Wiederkehr der Öffentlichkeit“ (Koenen 1996) ins Zentrum sozialwissenschaftlicher Forschungen gekommen. Diese Aufwertung des Themas Öffentlichkeit geht nicht zufällig einher mit einer Neubestimmung der Funktion der Massenmedien in der Sphäre der Politik. Vormals dominierte eine Art „Widerspiegelungsmodell“: Die Aufgabe der Medien wurde in der möglichst realitätsgetreuen („richtigen“) Wiedergabe und Verbreitung von politischen Informationen gesehen. Im Rahmen einer solchen Konzeption kommt den Massenmedien lediglich eine Hilfsfunktion für andere gesellschaftliche Bereiche zu. Inzwischen wird demgegenüber zunehmend die These von einer Ausdifferenzierung des Mediensystems als einem eigenständigen gesellschaftlichen Funktionssystem vertreten. Auszugehen ist demnach von einer eigenwilligen Rationalität der Massenmedien, die spezifischen Selektionskriterien folgt. Die Medienrealität hat insofern Konstruktionscharakter: Konstruiert wird eine Realität, welche die überkomplexe Wirklichkeit am Kriterium der Erzielung und Steigerung von Aufmerksamkeit filtert (vgl. Luhmann 2004).[2]

Signifikant ist in unserem Zusammenhang die Beobachtung einer zunehmend engeren Kopplung zwischen Politik und Massenmedien. Diese Entwicklung ist offenbar ge-

1 Jürgen Habermas bildet hier unter den politologisch relevanten Klassikern die bemerkenswerte Ausnahme.

2 In handlungstheoretischer Sprache wird dieser Sachverhalt als Doppelrolle der Medien beschrieben: Sie fungieren nicht mehr nur als Vermittler von Informationen in der politischen Sphäre, sondern treten selbst als politische Akteure auf (vgl. Bösch/Frei 2006: 8; Pfetsch 2006: 232; Häussler 2006: 304).

sellschaftsstrukturell bedingt. Denn je mehr unverrückbare Wahrheitshorizonte in der Moderne außer Reichweite geraten und je mehr der prinzipiell zwiespältige Charakter von Modernisierung und Technisierung ins Bewusstsein rückt (Stichwort: „Zweite Moderne", vgl. Beck/Bonß 2001), desto eher ist Politik auf die Akzeptanz eines öffentlichen Publikums angewiesen. Die Zustimmung eines öffentlichen Publikums fungiert somit als Legitimationsressource demokratischer Politik. Damit aber ist Politik essentiell von den Leistungen der Massenmedien abhängig geworden.

Die politikwissenschaftliche Wahrnehmung der damit einhergehenden strukturellen Transformationsprozesse kommt in der Karriere des schillernden Begriffs der „Mediendemokratie" zum Ausdruck (vgl. hierzu beispielsweise Sarcinelli 1998; Meyer 2003; Massing 2004; Marschall 2007). Der Terminus verweist zunächst einmal auf die Annahme einer gestiegenen Bedeutung der Medien für die demokratische Verfasstheit politischer Gemeinwesen. Von hier aus stellt sich dann die Frage nach den Folgen der diagnostizierten Veränderungsprozesse für die Politik: Welche spezifische Ausprägung nimmt Demokratie in einer Gesellschaft an, deren Öffentlichkeitsbezug wesentlich durch die Massenmedien geleistet wird?[3] Die Rede von der „Mediendemokratie" beinhaltet also nicht zwangsläufig den Verweis auf Verfallserscheinungen demokratischer Öffentlichkeit, sondern eröffnet prinzipiell auch die Option, als Suchbegriff für neue Formen von Demokratie oder gar für einen Zuwachs an Demokratisierung zu fungieren.

Gleichwohl ist die Verwendung des Labels „Mediendemokratie" in der Literatur häufig von kritischen Untertönen begleitet. Die These von der „Mediendemokratie" wurde in die politikwissenschaftliche Diskussion eingeführt, um auf als problematisch wahrgenommene Entwicklungen aufmerksam zu machen: Demnach lässt sich eine zunehmende Scherenentwicklung feststellen zwischen Herstellung und (Selbst-)Darstellung von Politik (zur Diskussion der These vgl. Jarren et al. 1996: 10 ff.). Diese Entkopplung von Politikvollzug, bei dem einerseits die öffentlichen Arenen meinungsbildender und beschließender Politik an Bedeutung verlieren und die kollektiv verbindlichen Entscheidungen verstärkt im Geheimen stattfinden, sowie öffentlicher Politikinszenierung andererseits, bei der es hauptsächlich um die kalkulierte Inszenierung von Images geht, wird wesentlich auf eine Veränderung im Verhältnis von Politik und Medien zurückgeführt (vgl. Meyer 2003a). Denn Politik orientiere sich in immer stärkerem Maße an der Medienlogik[4] im Konkurrenzkampf um die Aufmerksamkeit der Bürger respektive Wähler.[5] Die Einschätzung eines Wandels der politischen Strukturen

3 In einer anderen Perspektivierung der unterstellten „Wahlverwandtschaft" zwischen Demokratie- und Medienentwicklung ließe sich fragen, welchen Einfluss demokratische Politik auf die Ausgestaltung massenmedialer Strukturen nehmen kann – diese „medienpolitische" Blickrichtung, die gegenwärtig insbesondere unter dem Stichwort „Media Governance" firmiert, spielt im vorliegenden Beitrag indes eher eine untergeordnete Rolle (siehe hierzu Jarren 2007).

4 Die These von der Orientierung an der Logik der Massenmedien meint zum einen die Selektion von berichtenswerten Ereignissen nach Maßgabe der so genannten „Nachrichtenfaktoren" (Überraschungswert, Konflikthaftigkeit, Personalisierung, Prominenz, Nähe zum Betrachter usw.), zum anderen die Präsentation des so ausgewählten Materials gemäß theatralischen Inszenierungsregeln (dramatische Zuspitzung, symbolische Handlung, Wortgefecht usw.) – zu den beiden Regelkreisen, nach denen moderne Massenmedien Aufmerksamkeit generieren vergleiche Meyer (2003a: 263 f.).

5 So belegt beispielsweise eine neuere Studie Anpassungsprozesse des Deutschen Bundestages an

und Prozesse vor dem Hintergrund des gegenwärtigen Bedeutungsgewinns der Massenmedien reicht bis hin zur These von der möglichen Herausbildung einer „Mediokratie“ (Meyer 2002) – demnach betreibt die Politik zunehmend eine gezielte professionelle Selbstmedialisierung nach den Regeln theatralischer Inszenierungsimperative. Auf Basis solcher Szenarien wäre auch die Demokratie eine grundlegend „andere“ als bisher. Solche Visionen sind anschlussfähig an die demokratietheoretischen Ernüchterungsdiskurse, die sich unter dem Stichwort „Postdemokratie“ rubrizieren lassen (vgl. Jörke 2005). Hierbei wird keineswegs der prinzipielle Wert der Demokratie bezweifelt – vielmehr geht es um die Frage nach den Grenzen der Leistungsfähigkeit dieser Regierungsform unter den gewandelten sozio-technologischen Bedingungen des 21. Jahrhunderts. Auch wenn solchen Extrempositionen eher eine polemische Funktion im Feld politikwissenschaftlicher Diskurse zukommen dürfte, so zeugen sie doch von erheblichen Irritationen in Bezug auf die gegenwärtige Verfasstheit von westlichen Demokratien im Allgemeinen sowie der Demokratieverträglichkeit der massenmedialen Entwicklung im Besonderen. Die interpretationsbedürftige Formel von der „Mediendemokratie“ bildet eine Plattform für den Austausch diesbezüglicher Befürchtungen und Hoffnungen.

Die Bewertung der skizzierten gesellschaftsstrukturellen Entwicklungen in Richtung „Mediendemokratie“ hängt nicht zuletzt wesentlich davon ab, was unter „Demokratie“ verstanden wird. Denn je nach dem zugrunde gelegten Theorieansatz geraten ganz unterschiedliche Aspekte der politischen Realität in den Fokus der Betrachtung – entsprechend variieren die damit verbundenen Einschätzungen und Prognosen.

Im folgenden Beitrag geht es insbesondere darum, bei der Frage nach der Verfasstheit von Demokratie unter heutigen Medienbedingungen die in der politikwissenschaftlichen Diskussion verwendeten unterschiedlichen demokratietheoretischen Begrifflichkeiten transparent zu machen und auf diesem Hintergrund eine differenzierte Einschätzung der Diagnose „Mediendemokratie“ zu treffen. Hierzu erfolgt zunächst eine sehr knappe Skizzierung des gegenwärtig sich vollziehenden Strukturwandels der Massenmedien in westlichen Ländern wie der Bundesrepublik Deutschland. Im Hauptteil werden unterschiedliche Demokratie- und Öffentlichkeitsmodelle vorgestellt und im Hinblick auf die mit diesen Maßstäben jeweils implizierte Sichtweise der massenmedialen Entwicklung reflektiert. Dabei wird die Frage nach dem Einfluss der Medienentwicklung auf die demokratische Öffentlichkeit über die Fokussierung auf die Massenmedien hinaus ergänzt durch die Einbeziehung der so genannten „neuen“ (elektronischen) Medien. Wenn Koenen (1996: 36) in Abwandlung einer Formulierung von Marx mutmaßt, dass sich „politische Öffentlichkeit als das nach wie vor ungelöste Rätsel der Demokratie herausstellen (könnte), ... das demokratische Herrschaft *irgendwie*, aber auf eine theoretisch offenbar schwer faßbare Weise vermittelt“, so soll hier die damit formulierte konzeptionelle Herausforderung ein Stück weit in Angriff genommen werden durch die Konturierung unterschiedlicher begrifflicher Wege der Verknüpfung von Demokratie und Öffentlichkeit auf dem Hintergrund (massen-)medialer Entwicklungen.

---

die Strukturen des massenmedialen Systems – diese Adaptionsprozesse von Seiten der Politik fänden allerdings dort ihre Grenze, wo das Erfordernis zur Wahrnehmung von Verhandlungsräumen unter Ausschluss der Öffentlichkeit gegeben sei (vgl. Marschall 2007).

2. Strukturwandel des (massen-)medialen Systems[6]

Ungeachtet möglicher divergierender Bewertungen der Entwicklungen des Mediensystems in der Bundesrepublik Deutschland erscheint es doch evident, dass im letzten Jahrhundert eine rasante Ausbreitung der Massenmedien stattgefunden hat, deren Einfluss auf den Prozess der öffentlichen Meinungsbildung kaum zu unterschätzen ist. Unter Massenmedien werden hier solche gesellschaftlichen Einrichtungen verstanden, die Kommunikationen erzeugen, welche sich über ein technisches Verbreitungsmittel an ein verstreutes Publikum wenden – massenmediale Kommunikation ist somit öffentlich, indirekt und einseitig (vgl. Maletzke 1976: 4).[7] Erst im historischen Prozess hat sich ein Mediensystem entwickelt, das für alle Bevölkerungsschichten zugänglich ist – etwa ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts kann man von einem solchen inklusiven Printmediensystem sprechen (vgl. Jarren/Donges 2006: 26).

Die massenmediale Durchdringung der Gesellschaft im 20. Jahrhundert verlief in Deutschland wie auch in den europäischen Ländern in mehreren Schüben (vgl. Bösch/Frei 2006): Zunächst sorgte das Aufkommen der Massenpresse und des Films in den 1890er Jahren für eine fundamentale Veränderung der öffentlichen Kommunikationsstrukturen; die Einführung des Radios in den frühen 1920er Jahren sowie die Verbreitung des Fernsehens in den späten 50er Jahren bewirkten neue Medialisierungswellen. Bereits diese zeitlich weiter zurückliegenden massenmedialen Strukturveränderungen zeitigten Auswirkungen auf die Politik, deren Demokratisierungspotenzial ambivalent erschien. So knüpften sich an die massenmedialen Innovationen einerseits Demokratisierungshoffnungen, da die Herausbildung einer „Massenkultur“ Chancen für die Auflösung bisheriger Klassenschranken zu bieten schien; andererseits wurden auch Gefährdungen für die Demokratie durch einen drohenden Rückzug der Bürger ins Private oder den Missbrauch der Massenmedien zu politischen Propagandazwecken ausgemacht.

Der in der politikwissenschaftlichen Debatte seit einiger Zeit popularisierte Begriff der „Medialisierung“[8] ist also – wie die zeitgeschichtliche Betrachtung lehrt – kontextuell zu bestimmen: Denn schon vor dem Eintritt ins duale Fernsehzeitalter lassen sich Wellen der Medialisierung ausmachen i. S. eines Prozesses der wechselseitigen Beeinflussung von Medien- und Gesellschaftsentwicklung. „Medialisierung“ zur Bezeich-

6 Es kann hier keinesfalls um eine umfassende Darstellung von medialen Entwicklungstendenzen gehen (siehe hierzu beispielsweise Jäckel/Brosius 2005), sondern lediglich um eine expositorische Skizzierung von empirischen Wandlungsprozessen des (massen-)medialen Systems als Hintergrundfolie, vor der die demokratietheoretischen Kontroversen zu verorten sind.

7 Auf der Basis einer solchen Definition der Massenmedien erscheint dann fraglich, ob das Internet unter diesem Terminus zu rubrizieren ist. Denn damit fallen nur solche gesellschaftlichen Einrichtungen unter diesen Begriff, die Kommunikation erzeugen *ohne* dass eine direkte Interaktion zwischen Sender und Empfänger stattfindet. Aus diesem Grunde wird hier bisweilen die Schreibweise (Massen-)Medien verwandt, um zu verdeutlichen, dass sowohl die klassischen Medien wie Zeitung, Radio, TV, als auch die so genannten „Neuen Medien“ (insbesondere das Internet) gemeint sind.

8 Von manchen Autoren wird anstelle des Begriffs „Medialisierung“ in sinnverwandter Weise auch der Terminus „Mediatisierung“ benutzt (vgl. z. B. Kaase 1998) – Bösch/Frei (2006: 10) kritisieren diese Begriffsverwendung aufgrund der anderweitigen historischen Konnotationen, die der Begriff mit sich führe.

nung der Tendenz einer immer stärkeren und engmaschigeren Durchdringung aller gesellschaftlichen Bereiche (vgl. Jarrren/Donges 2006: 28; Imhof et al. 2006: 18 f.) verweist zunächst auf eine Facette des Komplexitätszuwachses von spätmodernen Gesellschaften – dieser Komplexitätsgewinn ist auf die gleichzeitige Steigerung von Ausdifferenzierung und Vernetzung gesellschaftlicher Subsysteme zurückzuführen.[9] Darüber hinaus zielt der Begriff auch auf die zunehmende Etablierung der Medien als Instanzen der gesellschaftlichen Selbstbeobachtung ab (vgl. Baecker 1996: 95 ff.; Marcinkowski 2002: 92 f.). Mit dem Wegbrechen absoluter Wahrheitshorizonte und dem gewachsenen Bewusstsein der Kontingenz politisch-öffentlicher Entscheidungen steigt der Bedarf an solchen reflexiven Instanzen für die Gesellschaft. Medienöffentlichkeit wird zur folgenreichsten öffentlichen Kommunikation, die mit anderen Formen interaktiver Öffentlichkeit wie der Gelegenheits- und Versammlungsöffentlichkeit interagiert (Jarren/Donges 2006: 103 ff.). Diese Situation wird in der pointierten Formulierung von Luhmann auf den Punkt gebracht: „Was wir über unsere Gesellschaft, ja über die Welt, in der wir leben, wissen, wissen wir durch die Massenmedien“ (Luhmann 2004: 9).

Zwar lässt sich festhalten, dass auf dem Hintergrund von medientechnischen Innovationen im letzten Jahrhundert in Deutschland bzw. Westeuropa in etwa 30-jährigen Abständen Medialisierungsschübe zu verzeichnen sind, doch ist die Konjunktur des Begriffs der Medialisierung neueren Datums: Dies dürfte nicht zuletzt damit zusammen hängen, dass auch der Forschungsbereich „Politische Kommunikation“ sich erst seit den 1990er Jahren wissenschaftlich etablieren konnte. Dabei, so etwa Vowe/Dohle (2007: 338), käme dem „11. September 2001“ als Katalysator dieser Entwicklung eine wesentliche Rolle zu, denn dieses Ereignis habe „den Stellenwert von Kommunikation für die Politik sichtbar gemacht“. In politikwissenschaftlichem Kontext findet der Begriff Medialisierung Verwendung, um neue Interdependenzen zwischen den gesellschaftlichen Funktionssystemen Politik und Medien zu erfassen (vgl. Kaase 1998; Mazzoleni/Schulz 1999; Korte/Fröhlich 2004: 98 ff.; Marcinkowski/Steiner 2009) – die hierauf fokussierende Forschung geht von der Grundannahme aus, Kommunikation in der Politik habe sich „medialisiert“, d. h. sie beziehe ihre Orientierung essentiell durch Ausrichtung auf die Medien.

In diesem Diskussionszusammenhang spielt nun ein relativ neuer Medialisierungsschub (und die mutmaßlich davon ausgehenden Folgewirkungen) eine zentrale Rolle: Die Ablösung der Zeitung als gesellschaftlichem Leitmedium durch den Siegeszug des Fernsehens sowie die spezifische Ausformung dieses Massenmediums vor dem Hintergrund der Herausbildung eines dualen Rundfunksystems bilden den geometrischen Ort in der Diskussion um die Medialisierung der Politik. Dies kommt nicht zuletzt in der Redeweise von der „Fernsehdemokratie“ (vgl. Bieber 2006: 67) oder der „Zuschauerde-

9 Rammert (2004) geht entsprechend von der Herausbildung einer vierten sozialen Ordnungsform aus, welche die bisherigen gesellschaftlichen Differenzierungsformen (segmentär, stratifikatorisch, funktional) überlagert und deren dominante Verlaufsform durch „Fragmentierung“ und „Vernetzung“ beschrieben wird. Entsprechend lassen sich – neben Medialisierungseffekten – auch Tendenzen einer Verrechtlichung, Ökonomisierung, Verwissenschaftlichung usw. anderer gesellschaftlicher Teilsysteme ausmachen. Beispielsweise kann so dem Begriff der „Mediengesellschaft“, der von Imhof et al. (2006a: 10) i. S. eines Gesellschaftskonzeptes verwandt wird, auch die These von der Herausbildung einer „Wissensgesellschaft“ zur Seite gestellt werden (Gibbons et al. 1994).

mokratie“ (Luhmann 2004) zum Ausdruck – allerdings beziehen sich diese wohl eher polemisch gemeinten Einschätzungen insbesondere auf eine neuere Phase in der TV-Entwicklung. Mit der Etablierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunk-Monopols nach dem Zweiten Weltkrieg in der Bundesrepublik wurde zunächst ein Organisationsmodell installiert, das durch gesetzliche Bestimmungen konstitutiv an die gesellschaftlich dominanten Interessengruppen rückgebunden war und von Beginn an relativ starker politischer Kontrolle unterlag. Die Einführung des Privatfernsehens in den 1980er Jahren kam einem medienpolitischer „Urknall“ (Schäffner 2000: 193) gleich, da die Konkurrenz zwischen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und privaten Anbietern („duales System“) zu einem weitreichenden Wandel der Medienlandschaft führte. Auch in anderen westeuropäischen Staaten vollzog sich ein analoger Trend zur Deregulierung und Teilprivatisierung der Rundfunksysteme (vgl. Plake 2004: 25). Die damit einhergehende enorme Ausweitung und Vervielfältigung der Medienangebote haben den in Deutschland wie in anderen Ländern Europas zuvor öffentlich organisierten und über Gebühren finanzierten Sektor einem verschärften Wettbewerb ausgesetzt. Als Folge der Zulassung von privaten Programmanbietern und deren zentraler Orientierung an Einschaltquoten lässt sich eine Tendenz zur Kommerzialisierung sowie zur Aufwertung von unterhaltenden Formaten im Bereich der Rundfunkanstalten generell beobachten.[10] Über diesen sukzessive zunehmenden Druck zur nachfrageorientierten Programmgestaltung für sämtliche Medienanbieter herrscht in der einschlägigen Literatur weitgehend Konsens – strittig erscheint hingegen, ob tatsächlich davon auszugehen ist, dass von einer „marktorientierte(n) Vereinheitlichung und Systematisierung der Programmplanung“ (Bieber 2006: 72) als Regelfall bei den öffentlich-rechtlichen Medienanstalten auszugehen ist. Die Einschätzung, dass es in der Bundesrepublik Deutschland strukturelle Faktoren gibt, die darauf hinwirken, dass sich öffentlich-rechtliche und kommerzielle Hörfunk- und Fernsehprogramme immer mehr angleichen, wird auch als „Konvergenzthese“ bezeichnet (erstmals Schatz et al. 1989). Es bestehen indes begründetet Zweifel, ob diesem Pauschalurteil uneingeschränkt gefolgt werden kann: Zwar lassen sich Annäherungen vor allem bei den Sendeformaten feststellen, aber in inhaltlicher Hinsicht sind weiterhin gravierende Differenzen zu verzeichnen (so bereits Schatz 1992). Insbesondere im Bereich der „klassischen“ Informationsvermittlung bleiben, wie zahlreiche Studien bestätigen,[11] zwischen den verschiedenen Medienanbietern strukturelle Unterschiede sowohl im Bereich der Inhalte als auch der Präsentationen bestehen. Darüber hinaus vernachlässigen solche Verallgemeinerun-

10 Indes ist darauf zu verweisen, dass nicht nur die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, sondern auch die kommerziellen Anbieter ihre Programme nicht ausschließlich am Kriterium der Publikumsgunst ausrichten können, sondern – gemäß dem „Staatsvertrag zur Neuordnung des Rundfunkwesens in Deutschland“, der 1987 in Kraft trat – im Rahmen von Vollprogrammen die Bereiche Information, Kultur und Bildung angemessen berücksichtigen müssen (vgl. Plake 2004: 26).

11 Siehe hierzu insbesondere folgende Studien in den *ALM Programmberichten* 2005 und 2006: Maurer, Torsten, 2005: Marktversagen: Politische Information im privaten und öffentlich-rechtlichen Fernsehen, in: ALM 2005: 62-78; Trebbe, Joachim, 2005: Cross-Media Links: Internetverweise im Fernsehen, in: ALM 2005: 79-89; Weiß, Hans-Jürgen, 2005: Konkurrenz: Programmwettbewerb auf dem deutschen Fernsehmarkt, in: ALM 2005: 43-61; Weiß, Hans-Jürgen, 2005: Konzeption und Methode der ALM: 213-228. Vergleiche außerdem Krüger (2005), Krüger/Zapf-Schramm (2007), Krüger (2008).

gen, wie sie mit der Konvergenzhypothese transportiert werden, den Umstand, dass der Einfluss des Wandels der Medienstrukturen auf die politische Kommunikation „unter den je spezifischen institutionellen und kulturellen Bedingungen konkreter Demokratien“, also kontextuell differenziert zu ermitteln ist (Marcinkowski et al. 2006a: 8). Dennoch stimmt der Tenor von entsprechenden Untersuchungen zur Fortentwicklung von Medienstrukturen in ausgewählten europäischen Ländern in der Regel eher nachdenklich im Hinblick auf die Frage nach der demokratieförderlichen Leistung von Massenmedien (vgl. hierzu verschiedene gattungs- und länderspezifisch ausdifferenzierte Beiträge in Marcinkowski et al. 2006).[12]

Darüber hinaus wird in jüngster Zeit die Frage einer möglichen Veränderung der politischen Kommunikation in der politikwissenschaftlichen Literatur vor dem Hintergrund der Ausbreitung der neuen Computernetze kontrovers diskutiert:[13] Kann das Internet eine Demokratisierung der Medienentwicklung in einem westlichen Land wie der Bundesrepublik Deutschland bewirken, reproduziert es nur vorhandene Strukturen der politischen Öffentlichkeit oder steht gar zu befürchten, dass es demokratieabträgliche Folgen zeitigt?

Spätestens hier wird deutlich, dass die Frage nach dem Beitrag der massenmedialen sowie der netzgestützten Medien zur Entwicklung der Demokratie vorab einer begrifflichen Klärung bedarf. Denn die Schwierigkeiten einer adäquaten Lagebeurteilung sind nicht nur auf einen fortbestehenden empirischen Forschungsbedarf in diesem Bereich zurückzuführen, sondern wurzeln essentiell auch in einer theoriebedingten Problematik.

3. Der Beitrag der (Massen-)Medien zur demokratischen Öffentlichkeit aus demokratietheoretischer Perspektive

3.1 Schwierigkeiten der Begriffsbestimmung von Demokratie

Parallel zur Durchsetzung von Demokratie als Schlüsselwort politischer Semantik scheint sich der Inhalt des Begriffs zunehmend zu entleeren – bisweilen ist in diesem Zusammenhang gar vom „Elend der Demokratietheorie“ die Rede (Abromeit 2002: 58; ähnlich Buchstein/Jörke 2003). Worauf ist dieser kritische Befund zurückzuführen? Demokratie lässt sich nicht auf ein feststehendes Set von Verfahren und Institutionen zur Konstituierung einer bestimmten Regierungsform reduzieren. Vielmehr handelt es sich um einen *Tendenzbegriff*, der moderne Verfassungen mit einer inhärenten Dynamik ausstattet. Der Demokratiebegriff ist also fluide, kontrovers und komplex gebaut. Im historischen Prozess bedingen sich der normative „Begriff“ und die „Realität“ der Demokratie gegenseitig (vgl. hierzu Guggenberger 1996). Und gerade in Perioden des Umbruchs ist häufig umstritten, ob eine empirische Veränderung in demokratiepoliti-

12 Daneben gibt es bereits vereinzelt Forschungen zu medienpolitischen Konzepten jenseits des Nationalstaates bzw. zur Frage der Herausbildung einer europäischen Öffentlichkeit (vgl. etwa Peters/Wessler 2006; Tobler 2006; Pfetsch 2006).

13 Vergleiche an neueren empirischen Studien beispielsweise Grunwald et al. (2006), Gerhards/Schäfer (2007), Rucht et al. (2008).

scher Hinsicht ein „Defizit“ oder eine „neue Qualität“ signalisiert. Die Einschätzung hängt nicht zuletzt ab von den gesellschaftstheoretischen Grundannahmen und den darauf aufbauenden Demokratiekonzepten.

Üblicherweise wird in der Politikwissenschaft unterschieden zwischen so genannten normativen und empirischen Theorien – diese Gegenüberstellung hat ihren begrenzten Nutzwert in einer vorläufigen Kategorisierung des Theorienspektrums. In diesem Sinne kann man zwei Klassen von Theoriebildung unterscheiden, je nach dem Ort, von dem aus die Theoriebildung ihren Ausgang nimmt (vgl. Brodocz/Schaal 2006: 11-13). Steht am Beginn eine Sollens-Regel, so spricht man von normativen Ansätzen („Wie soll Demokratie idealiter sein?“). Demgegenüber nehmen empirische Theorien ihren Ausgangspunkt von der konkreten institutionellen Verfasstheit von Demokratien („Wie funktioniert Demokratie?“). Allerdings impliziert dies keineswegs die Möglichkeit einer strikten kategorialen Trennung: Normative Theorie muss immer auch auf Praxis rückbezogen werden – sonst bliebe sie bloßes „Glasperlenspiel“, genauso wie umgekehrt zu betonen ist, dass auf empirische Erfahrung rekurrierende Forschung stets auch theoriegeleitet erfolgt. Spätestens seit 1989 lässt sich indes auch für die normativen Suchbewegungen festhalten, dass eine grundsätzliche demokratietheoretische Systemkritik mit einer deutlich konturierbaren Oppositionsterminologie der Ausarbeitung verschiedener Konzepte zur *Revitalisierung* der liberalen Demokratie Platz gemacht hat.

Das Verhältnis von Realitätstauglichkeit und kritischem Maßstab in den Demokratietheorien erscheint gegenwärtig insofern tendenziell prekär, als es häufig zu impliziten (unausgewiesenen) Empirie-Theorie-Gemengelagen kommt – und zwar lässt sich diese Konfundierung auf beiden Seiten des Theoriespektrums feststellen, d. h. sowohl bei realistischen als auch bei normativ gehaltvollen Ansätzen. Damit einher geht die Herausbildung einer *neuen Unübersichtlichkeit* dessen, was unter „Demokratietheorie“ firmiert. Dies wird evident, wenn man die unterschiedlichen politikwissenschaftlichen Kategorisierungsansätze heranzieht, die sich zum einen deutlich voneinander unterscheiden,[14] zum anderen aber auch dieselben Autoren unter verschiedenen Schlagworten rubrizieren.

Eine entsprechende konzeptionelle Pluralität lässt sich auch feststellen bei Versuchen, demokratietheoretische Maßstäbe zur Analyse und Bewertung politischer Öffentlichkeit in der Mediendemokratie zu entwickeln. Relativ häufig findet sich ein zweigliedriger Ansatz: Ein republikanisches Politikverständnis wird einem liberalem bzw. systemtheoretischem Demokratie- und Öffentlichkeitsmodell gegenübergestellt (Gerhards 1998; Geser 2000; Imhof et al. 2006a; Lucht 2006). Beierwaltes (2002) entwickelt in Bezug auf das Verhältnis von Demokratie und Medien eine dreiteilige Typologie: Eliten-, Pluralismus- und Partizipationstheorie; auch Street (2001) macht drei

14 Vergleiche hierzu etwa die Unterteilungen moderner Demokratietheorie bei (1) Habermas (1992): liberal, republikanisch, deliberativ; (2) Schmidt (1995): elitistisch, ökonomisch, pluralistisch, sozial, partizipatorisch, kritisch, komplex; (3) Guggenberger (1996): traditionell-liberal, pluralistisch-repräsentativ, elitär, ökonomisch, kritisch (partizipativ, anarchisch), sozialistisch, systemtheoretisch; (4) Buchstein (1996a): traditionell-liberal, feministisch, deliberativ; (5) Schmidt (1997): prozessual, institutionell, funktions- und transitionsorientiert, Input-Output-orientiert; (6) Saretzki (2000): liberal, kommunitaristisch, republikanisch, deliberativ; (7) Klein (2002): liberal, deliberativ, republikanisch, reflexiv; (8) Abromeit (2002): deliberativ, funktional, à la carte; (9) Buchstein (2004): empirisch, formal, normativ usw.

mögliche demokratietheoretische Konzeptionen aus, die den Blick auf die Untersuchung der Massenmedien leiten: liberale, direkte und deliberative; Ferree et al. (2002)[15] differenzieren bei ihrer Untersuchung von massenmedialen Diskursen vier relevante Traditionen: repräsentativ-liberale, partizipatorisch-liberale, diskursive, konstruktionistische; Baker (2006)[16] wiederum eruiert ebenfalls vier – anders akzentuierte – demokratietheoretische Vorstellungen, die den Zusammenhang von Medien und Demokratie entscheidend prägen: elitentheoretische, republikanische, liberaldemokratische, komplexe.

Die demokratietheoretischen Sortierhilfen zur begrifflichen Grundierung des „Megathemas ‚Demokratie und Medien‘“ (Marcinkowski 2006a: 9) müssen also in einem konstruktiven Akt in eine Anordnung gebracht werden, für die Plausibilität reklamiert werden kann. Es liegt nahe, zunächst von der gängigen Unterscheidung in zwei Grundtypen (empirische und normative Demokratietheorien) auszugehen. Um mehr Tiefenschärfe zu erreichen, sollen beim normativen Paradigma, das eine größere Bandbreite aufweist, wiederum zwei Varianten vorgestellt werden.

Die Frage, wie sich die (massen-)mediale Entwicklung aus demokratietheoretischer Sicht darstellt, wird somit im Folgenden in Bezug auf drei ausgewählte Theorieansätze erörtert werden: (1) repräsentativ für die – hegemonial vertretene – empirisch orientierte Demokratietheorie fungiert die liberale Variante.[17] (2) Auf der Seite der normativen Demokratietheorien zählt der wesentlich von Habermas entwickelte deliberative (bzw. diskursive) Ansatz inzwischen zum „klassischen“ Repertoire.[18] (3) Als Außensei-

15 Ferree et al. (2002) vergleichen den Wandel der Debatten um Abtreibung in ausgewählten Printmedien in Deutschland und den USA – dabei zeigt sich, dass sich etwa zentrale Elemente des konstruktionistischen Theorieansatzes, insbesondere die Betonung von persönlichen Narrativen zur Verbindung individueller Erfahrungen und politischer Diskurse, typischerweise eher in US-Medien auffinden lassen, während ihnen in den massenmedialen Debatten in Deutschland nur marginale Bedeutung zukommt.

16 Der von Baker (2006) als „republikanisch“ (bzw. deliberativ) apostrophierte Theorieansatz rekurriert gleichfalls stark auf amerikanische Kontexte, insbesondere bezieht er sich auf Vorstellungen von der Rolle der Medien, wie sie sich aus den Idealen dreier einflussreicher Bewegungen im amerikanischen Journalismus des letzten Jahrhunderts ableiten. Bei Baker wird „deliberative“ mit „republikanische“ Demokratietheorie gleichgesetzt und abgegrenzt gegenüber dem Modell der so genannten „komplexen“ Demokratietheorie (ein Label, das bereits Fritz Scharpf für seinen zwischen Utopie und Anpassung aufgespannten Ansatz in Anspruch genommen hat; vgl. Scharpf 1970), für dessen Konturierung im Wesentlichen auf Jürgen Habermas als Referenzautor zurückgegriffen wird; die mit Habermas verknüpfte Theorievariante wird indes andernorts häufig als diskursives oder deliberatives Paradigma bezeichnet – dies belegt beispielhaft, wie unübersichtlich sich die Typologisierungen im demokratietheoretischen Gelände mittlerweile darstellen.

17 In der politikwissenschaftlichen Literatur wird „empirische“ Theorie (mit gegebenenfalls leichten Akzentverschiebungen) auch als „realistische“ oder „funktionale“ Theorie etikettiert; liberale Ansätze weisen ein konzeptionelles Näheverhältnis auf zu pluralistischen Demokratiemodellen und übernehmen teilweise auch Elemente aus elitären Demokratiekonzeptionen – diese Varianzen werden hier unter dem Label „liberal“ inkludiert.

18 Das republikanische Demokratiemodell wird hier nicht gesondert vorgestellt: Zum einen findet es sich teilweise im deliberativen Ansatz integriert, zum anderen gibt es republikanisch orientierte Demokratietheorien, die sich unter dem Etikett „partizipatorisch“ rubrizieren lassen (so z. B. Benjamin Barbers Konzeption einer „Starken Demokratie“; vgl. Barber 1994).

terposition wird ergänzend die partizipatorische (bzw. partizipative) Demokratietheorie vorgestellt.

Die nachfolgende Skizzierung des Beitrags der genannten Theorieansätze orientiert sich an folgenden *Leitfragen*: Von welchem Demokratieverständnis und darauf bezogenem Öffentlichkeitsmodell wird ausgegangen? Welche Funktionen wird den (Massen-) Medien in einer demokratischen Öffentlichkeit dabei zugeschrieben? Welche Chancen bzw. Gefährdungen eröffnen sich jeweils vor dem (in Kapitel 2) skizzierten Strukturwandel der Öffentlichkeit in der Mediendemokratie?

3.2 Das liberale Paradigma

Liberale Demokratietheorien stellen den am weitesten verbreiteten Typus der so genannten empirischen Demokratietheorien dar, da sie eine hohe Affinität zu der gegenwärtigen Verfasstheit politischer Systeme in der westlichen Welt aufweisen. Der empirisch-deskriptiven Demokratietheorie geht es nicht zuvorderst um die Begründung eines normativen Ideals, sondern um die Beschreibung der Funktionsvoraussetzungen von bewährten Demokratien, die anhand der historisch-konkreten Formen ihrer erfolgreichen Institutionalisierung ermittelt werden. Dem Aspekt der Systemstabilität von Demokratien und der konzeptionellen Abgrenzung gegenüber Diktaturen kommt im Rahmen einer solchen Theoriekonzeption entscheidende Bedeutung zu (vgl. Martinsen 2006: 51 ff.).

Im liberalen Modell bedient sich „Volksherrschaft" der vermittelnden Einschaltung von Stellvertretern – Grundelemente eines solchen repräsentativen Demokratieverständnisses sind die Konstituierung und Limitierung politischer Herrschaft im Rahmen einer rechtsstaatlichen Verfassung. Die Beteiligung der Bürger wird dabei im Wesentlichen reduziert auf die periodisch stattfindenden Wahlen des Regierungspersonals, welche die Möglichkeit eines Regierungswechsels gewährleisten sollen (Prinzip der Responsivität).[19] Das demokratietheoretische Augenmerk gilt insbesondere dem Zustandekommen verantwortlicher und zurechenbarer Entscheidungen (vgl. Guggenberger 1996). Der Fokus im liberalen Denken liegt auf der Gewährleistung der negativen Freiheitsrechte des Individuums, d. h. dem Schutz der Privatsphäre vor staatlichen Übergriffen. In der gegenwärtig vorherrschenden Variante liberalen Denkens wird zudem der Pluralismusgedanke hervorgehoben: Demnach gibt es eine Vielzahl gesellschaftlicher Gruppen, die jeweils partikulare Interessen verfolgen und diese in einem konflikthaften Prozess austragen – diese Interessengegensätze gilt es durch die Ausbildung entsprechender Kompromisse auszubalancieren.

Damit Öffentlichkeit als demokratische qualifiziert werden kann sollte aus liberaler Warte eine möglichst vollständige Repräsentation der vorhandenen gesellschaftlichen Interessenströmungen gegeben sein: Alle relevanten sozialen Gruppen müssen sich zu allen kollektiv bedeutsamen Themen äußern können. Öffentlichkeit kommt hier vor allem die Rolle eines Resonanzbodens zu, der den politischen Entscheidungsträgern

19 In der elitendemokratischen Variante erscheint diese Domestizierung von Demokratie insofern wünschenswert, als hier von einer strukturellen Gegensätzlichkeit von politikinkompetenten Massen und verantwortlichen Entscheidungsträgern ausgegangen wird (vgl. Lenk 1993).

handlungsrelevante Informationen liefert. Die Publizität von politischen Entscheidungen ermöglicht außerdem eine Zurechenbarkeit der Politikergebnisse auf das politische Personal und trägt so zur Transparenz von Politik bei. Da Öffentlichkeit die Vielfalt der in der Gesellschaft vorhandenen Meinungen für das Publikum (d. h. die Politiker wie auch die Bürger) sichtbar macht, lässt sich davon sprechen, dass der öffentlichen Meinung die Funktion eines „Spiegels“ (Luhmann 2005: 172) zukommt.

Ein hoher Anteil an aktiver Bürger-Öffentlichkeit ist weder erforderlich noch normativ wünschenswert – ein solcher wäre im Gegenteil Indiz für eine Störung im demokratischen Gemeinwesen (vgl. Dahrendorf 1993: 45). Konsensansprüche an öffentliche Meinungsbildungsprozesse zu stellen muss im Rahmen eines solchen Ansatzes gleichfalls problematisch erscheinen, da dadurch die – jenseits von Grundsatzfragen liegenden – Chancen partieller Annäherung eher gefährdet erscheinen. Das liberale Gebot kommunikativer Selbstbeschränkung („conversational constraint“; Ackerman 1989) fordert von Kommunikationsteilnehmern, Dissense, die sich als fundamental erwiesen haben, aus der Anschlusskommunikation auszuklammern. Die liberale „Methode der Vermeidung“ (Rawls 1994: 45) gründet auf der Einsicht, dass sich über Fragen des „guten Lebens“ in den pluralistischen Gesellschaften des Westens keine Einigkeit erzielen lässt.

Welche politische Funktion kommt den Massenmedien im Rahmen einer solchen liberalen Konzeptualisierung von demokratischer Öffentlichkeit zu? Im Zentrum des liberalen Paradigmas steht der Gedanke der freien, aber verantwortlichen Medien (Presse/Rundfunk). Das geringste Anforderungsprofil für die Massenmedien ergibt sich aus elitendemokratischer Warte: Essentiell ist hier die „Wachhundfunktion“ (Baker 2006: 114) der Medien gegenüber der Politik. Diese erfüllen sie, indem sie auf Inkompetenzen oder Verstöße von politischen Entscheidungsträgern aufmerksam machen. Den Bürgern eröffnet sich auf diese Weise die Möglichkeit, wohlinformiert zu wählen und gegebenenfalls bei Wahlen „schwarze Schafe“ unter den Politikern abzustrafen. Damit diese Funktion durch die Massenmedien erfüllt werden kann, ist es zwingend erforderlich, die Freiheit der Medien gegenüber politischer Einflussnahme durch verfassungsmäßige Rechte zu garantieren. Liberale Demokratietheorien, die den unhintergehbaren Pluralismus von Meinungen in modernen Gesellschaften in Rechnung stellen, weisen den Massenmedien darüber hinaus die Aufgabe zu, die unterschiedlichen politischen Werte und Interessen zu repräsentieren. Hierfür bedarf es einer pluralen nicht-oligopolistischen Eigentümerstruktur im Mediensektor. Das liberale Ideal der „freien Presse“ (das sich nicht nur auf die Printmedien, sondern auch auf Fernsehen und Radio bezieht) meint somit zunächst zweierlei: Zum einen wird es an die Bedingung der Freiheit von staatlicher Kontrolle geknüpft, zum anderen wird es mit der Idee des „freien Marktes“ verbunden, welche auf einen Wettbewerb zwischen Medienunternehmern abzielt. Erst vor diesem Hintergrund wird – drittens – eine mediale Inhaltsstruktur möglich, die einen „freien Markt der Ideen“ gewährleistet (vgl. Ferree et al. 2002: 210).

Das liberale Grundcredo der Freiheit der Medien hat weit zurückreichende ideengeschichtliche Wurzeln (hier insbesondere John Locke), die in zeitgenössischen liberalen Diskussionen reaktiviert werden. Dabei stellt sich die Frage, was die Forderung, dass die Massenmedien eine Vielfalt von Ansichten bereitstellen sollen, aktuell konkret bedeutet. Der Bürger ist in modernen Demokratien in der Regel darauf angewiesen, dass seiner Stimme stellvertretend von anderen in den Massenmedien Gehör verliehen wird, d. h. von den Sprechern politischer Interessengruppierungen, von Experten oder von

professionellen Medienakteuren. Den Journalisten wird im Rahmen dieses Paradigmas durchaus eine Parteilichkeit bei der Berichterstattung über öffentliche Angelegenheiten zugebilligt, die aber offen gelegt werden sollte (vgl. Baker 2006: 118). Liberale Autoren plädieren für einen medialen Stil, der eher rational argumentierend denn emotional agitierend ausgerichtet ist – sofern die Medien der Populismus-Versuchung erliegen und komplexe Sachverhalte simplifizierend darstellen, schaden sie dem demokratischen Anliegen (vgl. Ferree et al. 2002: 208).

Die gegenwärtig stattfindenden strukturellen Wandlungsprozesse im Mediensektor („Medialisierung des Politischen") sind aus der Perspektive der liberalen Vorstellungen von der Rolle der Medien in der demokratischen Öffentlichkeit zunächst durchaus zu begrüßen. Denn die Dualisierung der Fernsehstruktur führt zur Optionensteigerung: Die Ausweitung des Medienangebots und die Ausdifferenzierung der Medienkanäle kann als Zuwachs an Pluralisierung und damit als tendenzielle Verbesserung der Chancen einer möglichst umfassenden Repräsentation heterogener Individualwillen positiv gewertet werden. Die größere Unabhängigkeit der kommerziellen Rundfunkanbieter von politischer Einflussnahme stärkt die vom liberalen Paradigma hervorgehobene „Wachhundfunktion" der Medien in der Demokratie. Aufgrund dieser relativen Autonomie gegenüber politischer Kontrolle in den privaten Anstalten besitzen die kleineren Parteien hier prinzipiell auch eine größere Chance zur Selbstdarstellung (vgl. Pfetsch 1991: 105). Die privaten Rundfunksender sind durch ihren Finanzierungsmodus über Werbeeinnahmen unmittelbar an die Einschaltquoten gekoppelt – damit wird eine nachfrageorientierte Ausrichtung ihrer Angebote forciert. Dieser Incentive lässt sich aus liberaler Perspektive als Demokratisierungsgewinn interpretieren, da die Programmgestaltung somit eine Bezugnahme auf die freien (Einschalt-)Entscheidungen der Bürger zur Grundlage hat. Mit einer solchen Argumentationsweise sympathisierend urteilt etwa Gerhards (1995: 172): „Die Zulassung privater Sendeanstalten und die Einführung des Marktes scheint mir demokratietheoretisch die einzig legitimierbare Strukturform zu sein."

Gefährdungen der Demokratie sind aus liberaler Sicht gegeben, wenn Monopolisierungstendenzen in der lokalen Öffentlichkeit (Stichwort „Zeitungssterben") zu Prozessen der „Entöffentlichung" führen, welche die Meinungsvielfalt in lokalen Räumen in Frage stellen könnten (vgl. Pfetsch 2006: 233-335). Die wachsende Bedeutung von Non-Governmental Organizations (NGOs) ist letztlich ambivalent zu werten: Zwar vergrößert sich das Spektrum medial präsenter Akteure, aber der Zuwachs kann auch als eine neue Form der „Oligarchiebildung" (Münkler 2002: 169) interpretiert werden, bei der eine kleine Gruppe nun das Interesse der gesamten Menschheit zu vertreten beansprucht. NGOs sehen sich außerdem mit dem Erfordernis konfrontiert, durch spektakuläre Aktionen die Medienaufmerksamkeit zu erregen – die dadurch strukturell bedingte Populismus-Versuchung muss in Anbetracht des liberalen Ideals der rational sachlichen Berichterstattung als bedenklich erscheinen. Schließlich finden sich in zeitgenössischen liberalen Diskursen auch Problematisierungen des tradierten Grundparadigmas der freien Presse. So gehen manche liberalen Kritiker davon aus, dass Marktanreize die Wächterrolle der Massenmedien unterminieren. Das Profitmotiv verhindere investigativen Journalismus aufgrund der damit verbundenen Kosten bei gleichzeitig verminderten Möglichkeiten zur Generierung von Werbeeinkünften (vgl. Curran 2000: 123 ff.). Darüber hinaus marginalisieren demnach die hohen Zugangskosten zur Sphäre

der Massenmedien sowie Konzentrationstendenzen in der Eigentümerstruktur die angemessene Berücksichtigung von Konsumenteninteressen. Wenn der Wert von „News“ nicht mehr unter dem Gesichtspunkt eines möglichen Beitrags zur Vergrößerung des Wissens und der Informiertheit des Publikums erfolgt, sondern sich nach seiner kommerziellen Warenförmigkeit bestimmt, dann wird dadurch der Beitrag der Medien zur Demokratie beeinträchtigt (vgl. Baker 2006: 123). In Anbetracht solcher Überlegungen votieren einige Autoren im Rahmen eines reformulierten liberalen Ansatzes für eine Begrenzung der Marktfreiheit im Mediensektor und eine politische Regulierung der Eigentumsverhältnisse in der Medienindustrie im Namen der Demokratie (vgl. Street 2001: 263).

In Bezug auf die Herausbildung des Internets als Plattform der Medienentwicklung konzentrieren liberale Demokratietheoretiker die Bemühungen darauf, die „Möglichkeiten der radialen Aufwärtskommunikation zu verbessern“ (Geser 2000: 401) – entsprechende Reformansätze wurden bereits im Kontext des Konzepts der „Teledemokratie“ diskutiert. Es geht dabei vor allem um eine Optimierung der Chancen für eine breit gefächerte Artikulation sowie bisweilen auch um die Nutzung neuer technischer Angebote zur Durchführung von häufigeren Bürgerbefragungen. Mögliche demokratiepolitische Gefährdungen liegen für Liberale hier im populistisch gewendeten Missbrauch des Instruments der Volksabstimmung – so könnten etwa Regierungen der Versuchung erliegen, sich auf diese Weise von der Kontrolle demokratisch gewählter Repräsentativorgane unabhängig machen zu wollen.

Was die Frage nach der Zu- bzw. Abnahme von pluralen Perspektiven im Netz betrifft, so fällt die Antwort ambivalent aus: Einerseits gibt es unzweifelhaft eine Zunahme an Heterogenität der prinzipiell verfügbaren politischen Informationen, andererseits scheint die mediumsspezifische Strukturierung von Kommunikation in Bezug auf die Akteursstruktur und die Deutung von Themen noch einseitiger und weniger pluralistisch als in den Printmedien (vgl. Gerhards/Schäfer 2007; Zimmermann 2007). Dieser unter demokratietheoretischer Perspektive ernüchternde Befund wird darauf zurückgeführt, dass die überbordende Informationsfülle den Nutzer zur Selektion zwingt, welche in der Regel über Suchmaschinen bewerkstelligt wird, die ihre Internetseiten allein aufgrund technischer Charakteristika (Zugriffshäufigkeit) erstellen.

Insgesamt sind bei Vertretern dieser Denktradition sowohl die Hoffnungen als auch die Befürchtungen in Bezug auf die – durch das Internet lancierten – Demokratiepotenziale eher gemäßigter Natur. Diese Reserviertheit dürfte darin begründet sein, dass das liberale Lager weitgehend die Erwartungen an die konventionellen Massenmedien fortschreibt und weniger auf die interaktiven Qualitäten des Netzes fokussiert, die seine medientechnische Innovativität ausmachen.

3.3 Das deliberative Paradigma

Während Wahlen im liberalen Ansatz das Kernstück demokratietheoretischer Überlegungen bilden, fokussiert ein alternatives Modell auf „Deliberation“ mit den Entscheidungsmodi „Argumentieren“ und „Verhandeln“ als Gegenbegriff zum dezisionistisch grundierten Abstimmungsakt (vgl. Martinsen 2006: 54 ff.). Politische Meinungs- und Entscheidungsbildungsprozesse über konkrete Politiken sollen dabei nicht auf die pro-

fessionelle Kommunikation zwischen Politikern beschränkt bleiben. Denn die theoretisch elaborierte Konzeption von Deliberation zielt darüber hinaus insbesondere auch auf die Kommunikation mit und zwischen den Bürgern, durch die eine kontinuierliche Rückbindung der gesellschaftlichen Interessen an die politischen Institutionen gewährleistet werden soll. Anstelle des Vorbringens von bloßen Behauptungen oder Ansprüchen erfordert Deliberation zwingend die Angabe von allgemein akzeptierten Gründen zur legitimatorischen Fundierung einer Position. Die solchermaßen ausgerichtete kommunikative Interaktion unter Anwesenden soll eine Transformation von Interessen bewirken, die eine Überführung von Konflikt in „Disput" (begründete Fürsprache) ermöglicht. Der Grundgedanke deliberativer Demokratie kann insofern auch konzeptualisiert werden als Idee einer durch Begründung regulierten sozialen Praxis (vgl. Feindt 2001).

In der Bundesrepublik wurde die Rezeption dieses Theoriezweigs stark geprägt von den politisch-philosophischen Reflexionen von Jürgen Habermas und der von ihm ausgearbeiteten „Diskurstheorie", welche auf universalistische Annahmen eines Rationalisierungspotenzials sprachlicher Verständigung zurückgreift.[20] Habermas hat seine normativ gehaltvolle Vorstellung deliberativer Demokratie in Abgrenzung gegenüber liberalen und republikanischen Demokratietheorien entwickelt[21] – Elemente beider Seiten werden dabei in einem dritten Modell integriert, das um den Begriff einer „idealen Prozedur für Beratung und Beschlußfassung" zentriert ist (Habermas 1992: 20). Politische Öffentlichkeit spielt eine essentielle Rolle im Rahmen deliberativer Politikkonzeptionen – sie soll sich durch eine enge und fortlaufende *Rückkopplung* zwischen den eher verständigungsorientiert ausgerichteten Kommunikationsprozessen einer kritisch räsonierenden Zivilgesellschaft und den vorwiegend strategisch orientierten Entscheidungsverfahren des ausdifferenzierten Politiksystems herstellen. Öffentliche Vernunft zielt solchermaßen auf einen kommunikativen „Rationalisierungsprozess", der sukzessive praktische Urteile von partikularistischen Einfärbungen „reinigt". Die individuellen Präferenzen der Bürger sind also weder per se valide noch gelten sie als „fix"; vielmehr sollen sie in den öffentlichen Kommunikationsarenen reflektiert und transformiert werden. Erst wenn ihnen die „Vermutung der Vernünftigkeit" (Habermas 1994: 365) zukommt, sind sie im Rahmen demokratischer Meinungsbildungsprozesse von Relevanz. Öffentliche Diskurse fungieren im deliberativen Demokratiekonzept als Medium und Forum einer (begründeten) Willensbildung und fingieren damit eine Figur der „Selbst-

20 Damit Deliberationen Verständigungsleistungen erbringen, müssen sie sich demnach auf die Form eines herrschaftsfreien „Diskurses" zubewegen, d. h. Behauptungen und Forderungen sind mit verallgemeinerungsfähigen Gründen zu rechtfertigen, eine Bezugnahme auf die Beiträge anderer im Rahmen einer informierten und komplexen Argumentation ist genauso erforderlich wie die Suche nach gemeinsamen Standpunkten (Konsens) (vgl. Habermas 1994: 370 ff.).

21 Habermas (1992) unterscheidet in seinem idealtypisch zugespitzten Vergleich zwischen einem interessenverkürzten liberalen sowie einem ethisch eng geführten republikanischen Politikverständnis – entsprechend einseitig stellen sich demnach jeweils die darauf aufbauenden Demokratievorstellungen dar: Das liberale Modell betone die Relevanz der verfassungsmäßigen Institutionalisierung von Entscheidungsprozessen, vernachlässige aber die Willensbildungsprozesse in der Zivilgesellschaft, während das republikanische Modell umgekehrt dem Volkswillen unmittelbar und ohne institutionelle Begrenzungen Geltung verschaffen möchte und damit keinen ausreichenden Minderheitenschutz gewährleiste.

bindung der Politik“ (Saretzki 1995: 277). Die mit dieser institutionellen Selbstbeschränkung der Politik etablierten Prinzipien der Publizität und Diskursivität sollen indes zugleich die politischen Optionen vervielfältigen, da sie die Entwicklung kollektiver Lernprozesse ermöglichen und dem politischen Gemeinwesen erst demokratische Legitimität sichern.[22]

Da Habermas (1990) sein normatives Öffentlichkeitsmodell exemplarisch mit Bezug auf die sich im 18. Jahrhundert entwickelnde bürgerliche Öffentlichkeit als einer „Sphäre der zum Publikum versammelten Privatleute“ (ebd.: 86) expliziert hat, stellt sich zunächst die Frage, inwiefern es unter den Bedingungen massenmedialer Öffentlichkeit noch tragfähig erscheint.[23] Habermas selbst hat in seiner klassischen Studie zum „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ Zerfallserscheinungen ausgemacht, die er als Privatisierung oder „Refeudalisierung“ der Öffentlichkeit beschreibt – in der öffentlichen Sphäre sei demnach der ehemals staatskritische Impuls versiegt und es könnten nur noch Privatinteressen von Marktteilnehmern zur Geltung kommen. Die kommerzialisierte und konzernartig konzentrierte Presse erfährt in diesem Zusammenhang eine kritische Bewertung: Die modernen Massenmedien scheinen das Prinzip der Publizität manipulativ zu wenden, indem sie es in den „sanften Zwang stetigen Konsumtrainings“ (Habermas 1990: 228) verwandeln. Die Staatsbürger werden dabei von aktiv beratenden Teilnehmern am Politikprozess auf die Rolle des passiv zuschauenden und bloß akklamierenden Publikums reduziert. Habermas selbst hat seine radikale Verfallsdiagnose der öffentlichen Sphäre später (vgl. Vorwort der Auflage von 1990) unter Verweis auf die ehemals unterschätzte Rolle von Bildung und politischer Kultur relativiert.

Welche normativen Anforderungen stellen sich also an die modernen Massenmedien, damit sie einen Beitrag zu einer funktionierenden demokratischen Öffentlichkeit leisten können? Die Ansprüche sind auf alle Fälle ambitionierter als in der liberalen Tradition, da deliberative Modelle eine Synthese aus liberalen und republikanischen Ideen darstellen. Neben der liberalen Forderung nach Parteilichkeit und Pluralismus als Normen massenmedialer Berichterstattung, die auf einem Verständnis von Politik als Austragung von Konflikten fußt, wird auch die republikanische Betonung des Gemeinwohlbezugs einer politischen Wertegemeinschaft und die daraus resultierende journalistische Norm der möglichst objektiv-ausgewogenen, nicht-polarisierenden Darstellung in ihrer partiellen Berechtigung anerkannt.[24] Die republikanischen Standards für guten

22 Rekurriert man auf die von Neidhardt (1994a: 8-9) entwickelte Typologie von Öffentlichkeitsfunktionen, so erhebt das deliberative Modell damit nicht nur – wie die liberale Variante – normative Ansprüche bezüglich der Transparenz-, sondern darüber hinaus auch im Hinblick auf die Validierungs- und Orientierungsfunktionen von Öffentlichkeit.

23 Misst man dem Kriterium der „Interaktion unter Anwesenden“ den Status einer notwendigen Bedingung von Deliberativität zu, so ist davon auszugehen, dass sich deliberative Öffentlichkeit allenfalls noch durch Diskursverfahren (als Form einer Versammlungsöffentlichkeit), nicht aber mittels massenmedialer Kommunikation herstellen lässt (so etwa Daele 1997: 287).

24 Die Genesis der republikanischen Gütekriterien für Journalismus (v. a. Objektivität, soziale Verantwortung, aktiver Interventionismus) kann anhand von drei Entwicklungen im US-Mediensektor des 20. Jahrhunderts verfolgt werden (vgl. Baker 2006: 115 f.): der Herausbildung von „Professional Norms“ in den frühen 20er Jahren, dem Einsetzen der Hutchins Commission 1947 sowie dem Eintreten für „Public“ bzw. „Civic Journalism“ in den 90er Jahren. Allerdings scheinen die damit in Zusammenhang stehenden journalistischen Standards offensichtlich nicht nur „hehren“ demokratischen Idealen, sondern auch diversen ökonomischen Erwä-

Journalismus wirken zwar gesellschaftlich integrierend, aber sie könnten – wie kritische Stimmen einwenden – aufgrund ihrer „eintönigen" Ausgewogenheit auch das Desinteresse an Politik steigern sowie zur Verhinderung von Meinungsvielfalt beitragen (vgl. Baker 2006: 116). Aus einer komplexen deliberativen Perspektive existieren verschiedene mediale Teilöffentlichkeiten mit unterschiedlichen normativen Imperativen: Erforderlich sei eine mediale Heterogenität, die sowohl eher konfliktorientierte liberal-pluralistische Manifestationen aufweist als auch Segmente mit stärker konsensorientierten Zügen umfasst.[25] Das damit formulierte Gebot des medialen Pluralismus ist aber nicht gleichzusetzen mit einem Plädoyer für das freie Spiel der Marktkräfte. Der normativ gebotene strukturelle und finanzielle Pluralismus der Medien muss aufgrund der Unvollkommenheiten des Marktes vielmehr durch staatliche Eingriffe sichergestellt werden – denn der freie Markt unterstützt nicht alle Diskurstypen (investigative, inklusive, parteiische) gleichermaßen, disprivilegiert vielmehr kleine und marginalisierte Gruppen und bevorzugt eine anzeigenstarke Klientel. Ein solch vielschichtiges Modell, das unterschiedliche Aufgaben für die Medien vorsieht, soll auch weitere Vorteile aufweisen, wie etwa eine stärkere Korruptionsresistenz (vgl. Curran 2000). Die konkrete politische Ausgestaltung des Mediensektors sollte jeweils kontextabhängig erfolgen, d. h. je nachdem, welche Medienimpulse (konflikt- oder konsensorientierte) eine bestimmte Gesellschaft eher benötigt und was unter politisch-pragmatischen Gesichtspunkten machbar erscheint.

Der deliberative Ansatz betont im Unterschied zum liberalen Paradigma den Gesichtspunkt der Bürgerinklusion insofern er auch die Akteure der Peripherie als massenmediale Akteure und nicht nur als Zuschauer vorsieht (vgl. Habermas 2006). Die Teilnehmer an einer massenmedialen Debatte sollen sich an den Spielregeln der Deliberativität orientieren und sich in ihren Redebeiträgen gegenseitig Respekt erweisen[26] (vgl. Ferree et al. 2002: 218). Zielsetzung solcher in den Medien ausgetragenen Diskussionen ist die Erreichung eines Konsens. Anders als aus liberaler Sicht, wo die massenmediale Öffentlichkeit divergierende Standpunkte sichtbar macht, die kommunikative Auseinandersetzung aber mit der politischen Entscheidung beendet werden soll, und auch different zum republikanischen Ansinnen eines a priori postulierten gemeinsamen Wertestandpunktes ist der deliberativ erzielte Konsens erst durch ein an rationa-

---

gungen geschuldet. So könnte etwa die zunehmende Finanzierung von Zeitungen durch Werbeeinnahmen und der Wunsch nach einem möglichst breiten Absatzmarkt das liberale Ideal der Parteilichkeit disprivilegiert haben. Auch die Forderung nach einem Einbezug der Bürger in die öffentliche Sphäre lässt sich vor dem Hintergrund abnehmender politischer Beteiligung und schwindender Zeitungsauflagen als kommerzielle Strategie interpretieren.

25 Ein analog ausgerichteter Vorschlag fordert die Schaffung eines zivilen sowie eines professionellen Mediensektors, um sowohl mediale Anwaltschaft als auch Unparteilichkeit gewährleistet zu wissen (vgl. Curran 2000).

26 Stellt man in Rechnung (wie aus republikanischer bzw. kommunitaristischer Sicht betont), dass das personale Selbst nicht „unsituiert" existiert (vgl. Sandel 1994), sondern durch kommunikative Prozesse miterzeugt wird, so lässt sich der Gedanke des Kommunikationsschutzes nicht nur auf den Sender (Redefreiheit) beziehen, sondern auch auf den Empfänger ausdehnen: Denn (mediale) Rede ist mehr als Meinung, sie birgt auch ein Potenzial zur Beschädigung von Identitäten. Dies legt den Gedanken an ein demokratisches Gebot der Zensur nahe – falls der gegenseitige Respekt nicht erwiesen wird. Demnach setzt der deliberative Verweis auf das Respektgebot letztlich doch einen gemeinsamen Wertehorizont voraus.

len Grundsätzen ausgerichtetes argumentatives Verfahren zu erzielen. Die Funktion der Massenmedien besteht im deliberativen Modell nicht nur darin, Informationen bereitzustellen; vielmehr liefern sie auch Ressourcen für den kommunikativen Prozess, in dem die Bürger ihre Identitäten entdecken und sich ihrer Interessen bewusst werden (vgl. Street 2001: 270).

Habermas (2006: 417 f.) hebt in einem neueren Beitrag, in dem er der Frage nachgeht, inwiefern politische Kommunikation in der öffentlichen Sphäre zu einem deliberativ gestützten Legitimationsprozess beitragen könne,[27] das Kriterium der Reflexivität hervor: Die Kommunikationsteilnehmer können die vorherrschende öffentliche Meinung kritisch überdenken und ihr ein reflektiertes Statement entgegensetzen. Erst ein solcher Prozess wohlinformierter öffentlicher Meinungsbildung kann als Filtermechanismus in der öffentlichen Sphäre fungieren, durch den unvernünftige Kommunikationsbeiträge aussortiert werden. Aus Sicht der auf das Wählervotum angewiesenen Regierungen und der politischen Eliten steckt die wohlinformierte öffentliche Meinung den Handlungsspielraum ab für konkrete Entscheidungen, die von der Bürgeröffentlichkeit (noch) als legitim akzeptiert werden.

Der als Medialisierung beschriebene „zweite Strukturwandel der Öffentlichkeit" (Münch 1997) dürfte aus deliberativer Perspektive zunächst eher die bereits diagnostizierten Verfallserscheinungen des 20. Jahrhunderts fortsetzen. Als deliberativer (Teil-) Gewinn erscheint zwar zunächst der Umstand, dass die kommerziellen Anbieter den Akteuren aus der Zivilgesellschaft eine größere Rolle zur Beeinflussung des Agenda-Settings einräumen – allerdings trifft dies nur zu, sofern die zivilgesellschaftlichen Akteure ihr politisches Anliegen mediengerecht zu inszenieren vermögen. Der Trend zu einer stärkeren Orientierung der Berichterstattung an den so genannten „Nachrichtenfaktoren" insbesondere beim neuen Leitmedium Fernsehen erscheint darüber hinaus kaum geeignet, komplexe Argumentationslinien zu entwickeln und reflexives Wissen bereit zu stellen. Habermas (2006: 422) befürchtet, dass die gegenwärtig beobachtbare „Kolonialisierung" der öffentlichen Sphäre durch Markt-Imperative auch zu einer Re-Definition der Politik führen könnte: Die Issues politischer Diskurse werden in Form und Inhalt zunehmend am Kriterium „Unterhaltungswert" ausgerichtet. Die empirische Brauchbarkeit des Deliberationsmodells kann auf diesem gesellschaftsstrukturellen Entwicklungshintergrund gerade darin liegen, als Detektor zum Aufspüren möglicher Pathologien der politischen Kommunikation zu fungieren. Einige Autoren gingen – so Habermas – so weit zu postulieren, dass der politische Journalismus, wie wir ihn kennen, ein Auslaufmodell darstelle. Sollte diese Diagnose zutreffen, würde deliberativer Politik der essentielle Kern abhanden kommen (vgl. Habermas 2006: 423). Allerdings ist darauf zu verweisen, dass der Trend zum Politainment auch aus deliberativer Warte nicht vorschnell als normativ „problematisch" klassifiziert werden sollte – wenn Begriffe im kommunikativen Prozess stets neu ausgedeutet werden, dann ist auch die herkömmliche Trennung von Politik und Unterhaltung kontingent (vgl. Street 2001: 272).

---

27 Vergleiche hierzu auch die Entgegnungen in der Zeitschrift „Communication Theory", 2007, Vol. 17, Issue 4, insbesondere Bohman (2007), der den epistemischen Wert von Deliberation in der Mediengesellschaft nicht in einer über Verfahren herzustellenden Wahrheitssuche erblickt; vielmehr wird die essentielle Funktion von Deliberation in heterogen zusammengesetzten Gruppen in Begrifflichkeiten der „Irrtumsvermeidung" rekonzeptualisiert.

Weiter reichende Hoffnungen verbinden sich für deliberative Positionen häufig mit aktuellen Entwicklungen, die auch unter dem Stichwort „Mediendemokratie 2.0“ (Bieber 2006: 79) diskutiert werden. Offensichtlich besteht eine Affinität des Netzes aufgrund seiner interaktiven und offenen Struktur zu deliberativen Politikvorstellungen.[28] In Bezug auf Diskussionen im Internet könnten die neuen Computernetze das Potenzial besitzen, polymorphe Kommunikationsprozesse zu unterstützen und durch das Wegfallen nonverbaler Störeinflüsse gesteigerte „Rationalisierungspotenziale“ in Aussicht zu stellen (Geser 2000: 412). Es müssen indes bestimmte Bedingungen erfüllt sein, um das deliberative Potenzial realisieren zu können – politische Onlinekommunikationen (z. B. Planungszellen oder virtuelle Konfliktmediationen) bedürfen der Vor- und Nachbereitung, der adressatenspezifischen Verfügbarmachung und -anordnung des Materials sowie der kompetenten Moderation, um die Deliberationsfähigkeit demokratischer Öffentlichkeit wirklich zu verbessern (Grunwald et al. 2006: 75). Die Schnittstellen zwischen Onlineöffentlichkeit und politischem System scheinen eher schwach ausgeprägt zu sein (ebd.: 229). Um die aus deliberativer Sicht essentielle Verschränkung zwischen den zivilgesellschaftlichen Kommunikationsprozessen und den politischen Entscheidungsprozessen herbeizuführen muss deshalb in der Regel ein indirekter Weg beschritten werden: Die online generierten Themen sind darauf angewiesen, Aufmerksamkeit in den klassischen Massenmedien zu erwecken, um dort von den politischen Entscheidungsträgern wahrgenommen zu werden.[29]

Von Vertretern einer deliberativen Politiksicht werden jedoch auch Zweifel daran laut, ob das Internet tatsächlich geeignet sei, die Voraussetzungen einer dialogischen Form öffentlicher Meinungsbildung zu verbessern, denn das Publizitätsprinzip bedürfe der „Verankerung in der Idee rationaler Argumentation“ (Schmalz-Bruns 2001: 115 f.). Durch das Wegfallen der traditionellen Gatekeeper-Funktion der klassischen Massenmedien in der digital vermittelten Demokratie kann es indes zu einer Beeinträchtigung der Normen der zivilen Integrität und des gegenseitigen Respekts im Umgang mit anderen kommen – so finden sich hier zahlreiche Gruppen mit extremistischer Ausrichtung (so genannten „hate groups“), die sich ohne das Risiko einer Zensur äußern können. Die Anonymität im Netz schütze vor der Preisgabe der eigenen Identität und ermutige zu einem Wettkampf verbaler Grausamkeiten im Cyberspace (so Buchstein 1996: 600 ff.).[30] Zwar gibt es im virtuellen Raum keine vorab durch professionelle

28 Habermas selbst sieht eindeutige Demokratisierungsverdienste des Internets allerdings auf spezifische politische Kontexte beschränkt: Netzkommunikation könne dazu beitragen, die Zensur in autoritären Regimen, in welchen öffentliche Meinungsäußerungen einer restriktiven Kontrolle unterliegen, zu untergraben. In liberalen Gesellschaften hingegen würden Online-Debatten eher Fragmentierungstendenzen politischer Öffentlichkeit Vorschub leisten und eine riesige Anzahl isolierter Issue-Öffentlichkeiten hervorbringen (vgl. Habermas 2006: 423, Fußnote 3).

29 Zwischen den beiden Medienbereichen scheint nach Geser (2000: 428) ein ausgeprägt komplementäres Funktionsverhältnis zu bestehen: Massenmediales „Broadcasting“ mit einer zentripetalen, auf gesellschaftliche Interaktion ausgerichteten Wirkung sowie „Narrowcasting“ der Computernetze, um eher Aspekte der sozialen Differenzierung und kulturellen Heterogenität moderner Gesellschaften zu artikulieren. Hier wird die weiter oben bereits ausgeführte deliberative Forderung nach medialer Pluralität als Aufgabenverteilung zwischen klassischen und neuen Medien konzeptualisiert.

30 Schmalz-Bruns (2001: 121 f.) hält die Vorstellung, Online-Kommunikation ließe sich allein

journalistische Standards gewährleistete Bewertung von Informationen, doch wird die Funktion einer kollektiven Qualitätssicherung ansatzweise dadurch erfüllt, dass Informationsangebote im Netz prinzipiell öffentlicher Kritik ausgesetzt sind.

3.4 Das partizipatorische Paradigma

Partizipatorische Demokratietheorien im engeren Sinne stehen eher am Rande des bundesdeutschen Demokratie-Diskussionsspektrums.[31] Obwohl sich auch Anhänger einer deliberativen Demokratietheorie die „Radikalisierung der partizipatorischen Komponente moderner Demokratien" (Schmalz-Bruns 1996: 56) auf die programmatischen Fahnen geschrieben haben, wird diese Theorierichtung hier gegenüber partizipatorischen Ansätzen im engeren Sinne abgegrenzt. Der Grund dafür liegt in der strikten Kopplung deliberativer Demokratievorstellungen an ein Erziehungsprojekt im Namen der Vernunft – zwischen den Zielgrößen „Partizipation" und „Vernünftigkeit" scheint ein Gefälle derart zu bestehen, dass im Konfliktfall letzterem prinzipiell die höhere Validität zugemessen wird. Autonomie kommt somit nicht dem empirischen Individuum zu, sondern dem Individuum, das seine Willensbildung erfolgreich an bestimmten – als universell gültig vorgestellten – Prinzipien ausgerichtet hat.

Im Rahmen partizipatorischer Argumentationen wird hingegen der individuellen Selbstbestimmung der Status eines Höchstwerts zugewiesen – entsprechend fungiert Fremdbestimmung als der negativ konnotierte Gegenbegriff (vgl. Martinsen 2006: 57 ff.). Das demokratietheoretische Kerncredo lautet, dass Adressaten und Autoren von Gesetzen identisch sein sollten. Das legitimatorische Grunddilemma von Demokratie in modernen Flächenstaaten besteht bekanntlich darin, dass sich Volksherrschaft nicht mehr allumfassend konzeptualisieren lässt, sondern nur noch punktuell, graduell oder kasuell, d. h. sie bleibt ergänzend auf die Ausdifferenzierung von repräsentativen Herrschaftsorganen angewiesen. „Direkte Demokratie" stellt insofern kein eigenständiges Organisationsprinzip vor, sondern eine demokratische Maxime (vgl. Pelinka 1974: 27). Partizipationstheoretiker trachten danach, die hegemonial vorherrschende „top-down"-Perspektive inklusive des damit verbundenen Misstrauens gegenüber dem „gemeinen" Volk zu ersetzen durch eine „bottom-up"-Perspektive, die vom Individuum ausgeht: „Democracy is ... the politics of the subject" (Touraine 1997: 12). Partizipation wird somit nicht nur als funktionale Größe betrachtet, sondern als Eigenwert, der sich keinem Dogma (dem Gegebenen, der Vernunft, dem Kollektiv usw.) zu unterwerfen hat. Das Spektrum partizipatorischer Ansätze reicht von stärker formal akzentuierten Varianten, bei denen die Stärkung direktdemokratischer Instrumente betont wird (z. B. Abromeit 2002) über – republikanisch unterfütterte – Konzepte zur Wiederlebung der

---

auf moralisch-ethischem Wege regeln, für eine Illusion – er plädiert demgegenüber für eine rechtliche Regelung des virtuellen Raums zur Gewährleistung von gesetzlich verbürgten Grundrechten auch im Netz.

31 Beim Mainstream der Politikwissenschaftler in Deutschland überwiegen offensichtlich seit jeher die Vorbehalte gegenüber partizipatorischen bzw. partizipativen Demokratietheorien – zur Standardschelte vergleiche beispielhaft Schmidt (1995). Dieser Ausgangsbefund veranlasst Maus (1994), die Frage nach dem demokratietheoretischen Gehalt der Demokratietheorien selbst aufzuwerfen.

Bürgerschaft (z. B. Barber 1994) bis hin zu konstruktionistischen Varianten,[32] die auf eine Ermächtigung („empowerment") von – marginalisierten Gruppen zugehörigen – Individuen fokussieren (z. B. Young 1993).

Die Funktion von Öffentlichkeit wird je nach demokratietheoretischem Paradigma unterschiedlich akzentuiert – im Kontext partizipatorischer Modelle kommt ihr insbesondere als Kontrollinstrument Bedeutung zu. Vertreter dieser Theorierichtung sind deshalb sehr kritisch eingestellt gegenüber der gegenwärtig empirisch feststellbaren Ausbreitung von Politiknetzwerken, in denen Akteure ohne demokratisches Mandat politische Aufgaben wahrnehmen und in nicht-öffentlichen Foren Verhandlungspakete schnüren. Sie beharren stattdessen auf dem Erfordernis der authentischen Repräsentanz des Volkswillens (Input-Perspektive von Demokratie), das nicht durch den – bei empirischen Theorien gängigen – Verweis auf Wohlfahrtsoptimierungseffekte (Output-Perspektive der Demokratie) ausgehebelt werden darf. In der konstruktionistischen Variante wird schließlich auch die tradierte (liberale) Grenzziehung zwischen öffentlich und privat als politische Strategie kenntlich gemacht und problematisiert.

Zunächst soll wiederum nach der Rolle der Massenmedien und den an sie formulierten Anforderungen im Rahmen eines partizipatorischen Demokratiemodells gefragt werden. Da dem partizipatorischen Leitbild zufolge so viele Bürger wie möglich bei allen Angelegenheiten, die sie persönlich betreffen, in den öffentlichen Entscheidungs(findungs)prozess aktiv einbezogen werden sollten, ist auch bei massenmedialen Debatten eine entsprechende Beteiligung der Bürger anzustreben. Partizipation wird hier auch als expressiver Wert verstanden – somit kann es nicht lediglich um eine advokatorische Vertretung der Interessen der Bürger durch Journalisten gehen. Vielmehr wird fokussiert auf eine Erweiterung des Sprecherspektrums durch den Einbezug von Bürgern, die als Experten ihrer Lebenswelt fungieren. Insbesondere Akteure, die marginalisierten Gruppen oder (neuen) sozialen Bewegungen zugehörig sind, sollten nicht nur periodisch in öffentlichen Diskursen auftreten und wieder verschwinden, sondern kontinuierlich partizipieren (vgl. Ferree et al. 2002: 211). Diese „Graswurzelakteure" lernen dabei durch ihr Engagement die Kunst der Selbstregierung – denn Selbstbestimmung, so etwa die Überzeugung von Barber (1994) – muss erst gelernt werden. Das klassische Demokratieideal der Bildung wird hier partizipatorisch gewendet als Selbst-Bildung.[33]

32 Die Verwendung des Begriffs „Konstruktionismus" findet sich in der hier beschriebenen Bedeutung bei Ferree et al. (2002) – die Besonderheit dieses Labels gegenüber dem verbreiteteren Terminus „Konstruktivismus" gründet dabei auf dem dezidierten Parteilichkeitshabitus der Vertreter dieser Denkströmung, die maßgeblich durch den französische Poststrukturalisten Michel Foucault inspiriert wurde. In anderen Kontexten wird der Ausdruck „Konstruktionismus" indes alternativ zur Bezeichnung von „Laborstudien" verwandt, d. h. es geht um eine spezifisch konstruktivistische Variante, die insbesondere auf Naturordnung fokussiert und auf ethnograhische Methodologien zurückgreift (vgl. Knorr-Cetina 1995: 111).

33 Street (2001: 267 f.) konzipiert die direktdemokratische Version der Mediendemokratie als bloßes („klassisches") Vorläufermodell deliberativer Demokratietheorien: Die Funktion der Massenmedien sei, Gemeinsinn durch Diskussion zu erzeugen, aber auch Abweichler zu disziplinieren. Um Formen kollektivistischer Propaganda zu vermeiden, müsse von einer „monolithischen" zu einer „pluralistischen" Variante der Volksherrschaft übergegangen werden – bei letzterer stünden Dialog und Deliberation im Zentrum. Street missinterpretiert m. E. Rousseaus Konzept des „Gemeinwillens": Denn dieses impliziert nicht notwendigerweise eine Gleich-

Angesichts der hohen massenmedialen Zugangshürden sind die Möglichkeiten von Laien, eigene Beiträge (z. B. Leserbriefe) in Massenmedien zu platzieren, äußerst begrenzt. Medien sollten die strukturellen Voraussetzungen schaffen, um auf vielfältige Weise die Handlungsfähigkeit von Bürgern zu stärken und ihrem Erfahrungswissen öffentliche Geltung zu verschaffen. Mit diesem partizipatorischen Medien-Leitbild einher geht auch eine Akzentverlagerung im Hinblick auf den adäquaten Stil medialer Berichterstattung: Anstelle vernunftfixierter begründungstheoretischer Deliberationen werden die irreduzibel affektiven Komponenten des „democratic talk“ als Motivationsbasis bürgerschaftlichen Engagements aufgewertet. Die aus liberaler bzw. deliberativer Warte betonten Werte des zivilen Umgangs und des gegenseitigen Respekts sind aus der Perspektive partizipatorisch-konstruktionistischer Demokratietheorien kritisch daraufhin zu befragen, inwiefern solche Diskursregeln, die internalisierten sozialen und kulturellen Normen verpflichtet sind, nicht letztlich der Bestätigung des politischen Status quo dienen. Die Normen der Deliberation sind demzufolge nicht neutral, sondern kulturspezifisch bedingt und sie privilegieren bestimmte gesellschaftliche Gruppen (vgl. Young 1993); oder anders ausgedrückt: Außenseiter-Perspektiven werden auf diese Weise tendenziell zum Verstummen gebracht. Die Gegenüberstellung von (öffentlicher) Vernunft und (privater) Emotion ist deshalb durch Narrative zu unterlaufen, welche die untergründigen Verbindungen zwischen institutioneller Herrschaft und diffusen Machtbeziehungen im alltäglichen Leben enthüllen.

Die strukturellen Wandlungen der massenmedialen Landschaft weisen mögliche Einfallstore für eine Verstärkung partizipatorischer Normen auf. Die Ausdifferenzierung der Medienkanäle und -formate bietet eher die strukturelle Voraussetzung für die Schaffung multipler, unabhängiger öffentlicher Sphären. Die Ausbreitung von Talkshows, in denen sich Bürger zu den unterschiedlichsten Themen äußern, die verstärkte Repräsentanz von nicht-etablierten inszenierungsmächtigen Akteuren in den kommerziellen Rundfunkanstalten, die Entwicklung neuer Formen von Infotainment, die eine Aufwertung symbolischer Aktionen sowie des emotionalen Faktors inkludieren, bieten gleichfalls Anschlussmöglichkeiten für partizipatorische Forderungen an demokratische Medien. Ein einmaliges partizipatorisches Experiment findet derzeit in Portugal im Zuge der Restrukturierung des öffentlichen Fernsehens statt: Die Gestaltung des zweiten Kanals wurde in finanzieller und programmlicher Hinsicht zivilgesellschaftlichen Gruppen überantwortet (vgl. Sousa/Pinto 2006). In Abwandlung der berühmten Lincoln'schen Definition von Demokratie könnte man hier davon sprechen, dass TV durch, von und für das Publikum gemacht wird – der Vorgang ist indes derzeit noch zu aktuell, um ihn ausreichend wissenschaftlich beurteilen zu können oder gar als wegweisendes Modell vorzustellen. Allerdings lassen sich aus partizipatorischer Sicht auch problematische Defizite und Kehrseiten der gegenwärtig stattfindenden medialen Transformationsprozesse ausmachen: Die zivilgesellschaftlichen Akteure werden weiterhin in der Medienöffentlichkeit marginalisiert und spielen mit ihren heterogenen Erfahrungen in der Regel nur insoweit eine Rolle, als sie sich in die kommerziell orientierte Medienlogik einfügen.

---

schaltung aller Willen, sondern zielt vor allem darauf ab, dass jeder Einzelne direkt sein Votum abgibt – ohne Zwischenschaltung von Interessen aggregierenden intermediären und damit den Volkswillen potenziell „verfälschenden“ Instanzen.

Partizipationsorientierte Demokratisierungserwartungen richten sich vor diesem Hintergrund verstärkt auf die so genannten neuen Medien. Das Internet bietet aufgrund seiner strukturellen Eigenschaften (niedrige Zugangshürden, geringe Kosten, ortsunabhängige Nutzbarkeit) neue Chancen für Bürgerbeteiligung[34] und insbesondere auch für mediale Aufwärtskommunikation. Es könnte dadurch den hierarchisch geführten Politikdiskurs herausfordern und Elemente direkter Demokratie in die etablierten Verfassungen westlicher Herrschaftssysteme einführen (vgl. Barber 1994, 2004). Die Formen der Umsetzung des Empowerments von Bürgern sind vielfältig: von kostengünstig durchzuführenden Online-Protesten und politischen e-Kampagnen, Internetauftritten von Akteuren der Peripherie mit Informationen aus „erster Hand", bürgerschaftlich organisierten Plattformen des Informations- und Kommunikationsaustausches, elektronischen Bürgerversammlungen („town hall meetings"), über politisch initiierte Formen der Bürgerbeteiligung im Netz (Planungszelle, Mediationsverfahren, Petitionendiskussionsforen usw.), e-Voting mit konsultativem Status bis hin zu Blog-Aktivitäten als experimenteller Form eines (politisch-persönlichen) Journalismus, bei der die herkömmliche Trennung öffentlich-privat brüchig wird.[35] Der von Internet-Skeptikern bisweilen vorgebrachte Hinweis auf die mangelnden Qualität der Kommentare und Deliberationen im Netz lässt sich aus kritisch-partizipatorischer Sicht auf die „lebensfremde Perspektive der Diskurstheorie" (Leggewie 1998: 39) zurückführen: Politisch-demokratische Kommunikation weist immer auch „schmutzige" Stammtisch-Elemente auf. Die von Kommunikations- und Politikwissenschaftlern des Öfteren geäußerte Befürchtung, die Vervielfältigung von Teil- und Gegenöffentlichkeiten im Netz könnte zu einer Fragmentierung des öffentlichen Raums mit negativen Folgen für die gesellschaftliche Integration führen, greift offensichtlich zu kurz. Zum einen hat die Medienwirkungsforschung auf das Phänomen des „Two-step-flows" hingewiesen, demzufolge mediale Information nicht direkt auf die Einstellung der Rezipienten wirkt, sondern häufig den Anlass für lebensweltliche Kommunikation in persönlichen Netzwerken bildet (vgl. Grunwald et al. 2006: 231); zum anderen bildet das Netz insofern ein zeitgemäßes politische Medium, als es Optionen für partielle Öffentlichkeiten, punktuelles Engagement und zeitweilige Gemeinschaften zwischen räumlich entfernten Netizens im Zeitalter der Globalisierung bietet. Plurale Öffentlichkeitsstrukturen korrelieren mit der weniger logozentrischen Fassung des Netzes (vgl. Martinsen 2007: 65 f.) und den strukturellen Transformationsprozessen in der Weltgesellschaft. Wenn als Kern von Öffentlichkeit das Verlangen nach informationeller Selbstbestimmung gilt, dann könnte das Internet die Schwelle zu einer neuen Ära des Bürger-Empowerments bedeuten, da es bezüglich der potenziell verfügbaren Fülle an (politischen) Informationen alle bisher gekannten Techniken in den Schatten stellt.

34 Vergleiche hierzu bereits Mambrey (2000). Eine neuere empirische Studie, die den Einfluss des Internets auf die politische Kommunikation untersucht, bestätigt die Wirkungsvermutung einer digitalen Mobilisierung: Aufgrund der veränderten Kosten-Nutzen-Relationen kommt es zu dem Phänomen, „dass mehr Bürger intensiver als früher über Politik kommunizieren" (Emmer/Vowe 2004: 209).

35 Die meisten innovativen Formen einer digitalen Demokratie finden sich in den USA; für interessante Beispiele interaktiver Demokratie vergleiche Leggewie/Bieber 2001; für Ausführungen zur Blogosphäre siehe Möller (2005: 132-134).

Dieser über weite Strecken relativ optimistische Befund zum demokratischen Potenzial der elektronisch gestützten neuen Medien ist indes in mehrerer Hinsicht zu problematisieren: Zum einen werden unter dem Etikett „digital divide“[36] (vgl. Siedschlag et al. 2002: 95-106) Phänomene diskutiert, die auf soziostrukturelle Partizipationsklüfte bezüglich des Zugangs zum Netz, der Art der Nutzung als auch der Auswahl politischer Informationen hinzuweisen scheinen. Zum anderen ist Informiertheit nicht durch einen Overload von Informationen zu erreichen – es gibt offenbar eine kritische Schwelle, ab der Informationszuwachs dysfunktionale Effekte hervorruft. Die erforderliche radikale Selektion der Informationsangebote durch Suchmaschinen disprivilegiert jedoch unorthodoxe Sichtweisen. Außerdem – so der Hinweis von Barber (2004) – birgt das vielversprechendste Zukunftspotenzial des Internets, die affektiv getragene Kommunikation via Bildern und Tönen, auf dem Hintergrund der durch Sprache und Argumentation geprägten westlichen Kultur zugleich die nicht unbeträchtliche Gefahr, für politische Manipulationszwecke und zum Schüren von Vorurteilen missbraucht zu werden. Schließlich stellt sich auch noch die Frage, inwiefern das rasante Wachstum des Netzes in den letzten Jahren eine fortschreitende Kommerzialisierung seiner Gebrauchs- und Nutzungsformen mit sich bringen wird, die zu einer „Verpreisung seiner Dienstleistungen anregen“ (Schmalz-Bruns 2001: 119) – mit partizipationsabträglichen Folgen für politische Kommunikation.

4. Mediendemokratie aus der Warte einer Beobachtung zweiter Ordnung

Der schillernde Begriff der „Mediendemokratie“ gewinnt durch die Beleuchtung aus der Sicht alternativer Demokratie- und Öffentlichkeitsmodelle vielschichtige Konturen. Die drei vorgestellten Theorieparadigmen (liberal, deliberativ, partizipatorisch) fokussieren auf jeweils spezifische Leitdifferenzen (Demokratie/Diktatur, Konsens/Dissens, Selbstbestimmung/Fremdbestimmung) – entsprechend unterschiedlich sind die zentralen Funktionszuweisungen für demokratische Öffentlichkeit (gesellschaftlicher Resonanzboden, Selbstbindung der Politik, Kontrolle öffentlicher Entscheidungen) sowie für die darauf aufbauenden Reflexionen zur Rolle der Massenmedien im Hinblick auf Fragen der Inklusion/Exklusion von Akteuren, der erforderlichen Stilstandards, der demokratischen Aufgaben sowie des erstrebten Legitimationsgewinns. Eine Bilanzierung der wesentlichen Ergebnisse der vorgenommenen Analysen der drei diskutierten Theorie-Paradigmen unter den Gesichtspunkten „Demokratiemodell“, „Öffentlichkeitsmodell“ sowie „Mediendemokratie“ findet sich in tabellarischer Form auf der folgenden Seite (siehe Schaubild „Demokratische Öffentlichkeit in der Mediendemokratie – konkurrierende Deutungsangebote“).

Die Frage nach der Qualität der Transformationsprozesse des Politischen durch Medialisierungstendenzen ergibt auf diesem mehrgliedrigen konzeptionellen Hintergrund ein differenziertes Bild. Aus liberaler Warte wird eher „Entwarnung“ signalisiert: Der

36 Krotz (2006) erscheint die These der digitalen Spaltung empirisch und theoretisch fragwürdig – sie sei wohl zuvorderst ideologisch unterfüttert und diene der „Absatzförderung für PC-Hersteller und Telekomanbieter“ (ebd.: 371). Angesichts des Wandels im Netz müsste Spaltung ohnehin als „dynamischer Begriff“ konzeptualisiert werden.

Hinweis auf die „Entzauberung von Medialisierungseffekten" (Sarcinelli 2006) betont die institutionelle Perspektive in repräsentativen Demokratien. Demnach spiele die kommunikative Dimension zwar eine zunehmend wichtige Rolle in der politischen Sphäre, aber nichtsdestoweniger gehe die repräsentativ-parlamentarisch verfasste Demokratie nicht in der kommunikativen Demokratie auf. Da aus liberaler Sicht die demokratische Wertigkeit der massenmedial vermittelten Öffentlichkeit in der Sichtbarmachung divergierender Interessen und Meinungen liegt, wäre eine demokratische Gefährdung durch Medialisierungsprozesse nur dann gegeben, wenn sich relevante Gruppen in der öffentlichen Sphäre nicht angemessen vertreten finden sollten oder die Zurechenbarkeit von kollektiv verbindlichen Entscheidungen auf das politische Personal nicht ausreichend gewährleistet wäre. Ansonsten ist die gegenwärtig feststellbare Tendenz einer stärker nachfrageorientierten Ausrichtung an den Wünschen des Publikums (insbesondere bei den kommerziellen Rundfunkanbietern) für das liberale Lager eher als Demokratiegewinn zu verbuchen. Die Stärke des liberalen Paradigmas liegt im Verweis auf die Institutionenfixiertheit repräsentativer Demokratien und der gesellschaftlichen Beharrungskraft systemischer Imperative. Der dadurch bedingte Bias in Richtung Orientierung am „Bewährten" birgt andererseits die Gefahr einer Unterbelichtung der Dynamik von sozio-technischen Transformationsprozessen – dies zeigt sich zum einen hinsichtlich des liberalen Zugriffs auf netzbasierte Kommunikationen, bei dem in der Regel lediglich herkömmliche massenmediale Formate imitiert werden, zum anderen in den Schwierigkeiten, das nationalstaatlich fixierte Repräsentationskonzept auf die neuen Gegebenheiten einer sich globalisierenden Welt auszurichten.

Das deliberative Demokratiemodell verfügt demgegenüber über stärkere seismographische Antennen, um mögliche Gefährdungen demokratischer Entwicklungen auszumachen und transitive Aspekte in gesellschaftlichen Kommunikationsprozessen zu beleuchten; darüber hinaus scheint es eine stärkere Affinität zur Herausbildung von netzbasierten Formen politischer Öffentlichkeit und zu grenzüberschreitenden Kommunikationsprozessen in der Weltgesellschaft aufzuweisen. Aus deliberativer Perspektive wird die Bedeutung des „vorpolitischen" Raums der zivilgesellschaftlichen Meinungsbildung in der massenmedialen Öffentlichkeit hervorgehoben und mit dem normativen Anspruch demokratischer Legitimitätserzeugung aufgeladen.[37] Die Stärke deliberativer Konzeptionen liegt darin, dass nicht von fixen Interessen der Individuen ausgegangen wird, die es in den Massenmedien lediglich zu repräsentieren gilt; vielmehr wird der Prozess der Herausbildung von Identitäten im Prozess politischer Kommunikation betont und die Möglichkeit kollektiven Lernens in den Mittelpunkt der Überlegungen gestellt. Aufgrund der ambitionierten Rationalitätsansprüche an politische Kommunikationsprozesse überwiegt aus deliberativer Sicht die Skepsis im Hinblick auf die Demokratiequalität der massenmedial erzeugten Öffentlichkeit. Tendenzen der Medialisierung des Politischen bergen insofern verstärkt die Gefahr einer „Kolonialisierung der

---

37 Die in diesem Zusammenhang von Deliberationstheoretikern geforderte Rückkopplung zwischen gesellschaftlichen Meinungsbildungs- und politischen Entscheidungsprozessen wird allerdings kaum institutionell konkretisiert; eine zu enge Anbindung könnte darüber hinaus demokratietheoretisch problematisch erscheinen, da die zivilgesellschaftlichen Stimmen – anders als die formal gewählten politischen Repräsentanten – über kein demokratisches Mandat verfügen.

Lebenswelt“. Hier ist allerdings kritisch nachzufragen, inwieweit die im deliberativen Paradigma vorausgesetzten universalistischen Prinzipien aller Kommunikationsteilnehmer der unhintergehbaren Pluralität von Wertperspektiven in modernen Gesellschaften noch angemessen erscheinen (vgl. hierzu Martinsen 2007a: 89-95). Modernitätskompatibler wäre eine demokratietheoretische Konzeptualisierung massenmedialer Öffentlichkeit, bei der die deliberative Konsensforderung durch das Postulat der kommunikativen Erzielung von „Konsensfiktionen“ ersetzt wird.

Sowohl das liberale als auch das deliberative Demokratiekonzept ordnen das partizipative Moment den Rationalitätszumutungen moderner Politik unter – Buchstein (2004: 56 f.) erblickt in diesem Bedeutungsgewinn der Rationalitätsfrage beim politikwissenschaftlichen Mainstream der Demokratisierungstheoretiker ein ernst zu nehmendes Problem, da hierdurch die Versprechensdimension des Demokratiebegriffs ausgehöhlt würde. Die Stärke partizipatorischer Ansätze liegt demgegenüber im Insistieren auf dem intrinsischen Wert individueller Selbstbestimmung. Die tendenzielle Vergrößerung des Akteursspektrums sowie die Aufwertung emotional-erfahrungsbasierter Faktoren vor dem Hintergrund gegenwärtiger medialer Transformationsprozesse sind aus dieser Sicht als Demokratisierungsgewinn zu verbuchen. Insbesondere die verbesserten Optionen, die das Internet aufgrund seiner strukturellen Eigenschaften im Hinblick auf eine potenzielle Stärkung der Handlungsfähigkeit von Bürgern offeriert, ermöglichen eine Renaissance partizipatorischer Forderungen in modernisiertem Gewand. Außerdem bieten sich durch die Ausbildung neuer Medienformate („Politainment“) Ansatzpunkte, die herkömmlichen Trennlinien klassischer Theorien zwischen öffentlicher und privater Sphäre zu problematisieren. Auch die Chancen einer punktuellen kommunikativen Vernetzung engagierter Netz-Bürger, die räumlich weit voneinander entfernt leben, sind im Zeitalter der Globalisierung als demokratisierungsträchtiges Potenzial in Rechnung zu stellen. Gefährdungen der Mediendemokratie könnten aus partizipatorischer Perspektive daraus erwachsen, dass der Bürger vor dem Hintergrund globaler Verursachung von Problemen immer weniger politisch mitgestalten kann – und stattdessen kompensatorisch das „Gefühl“ der Partizipation kultiviert wird. In diesem Zusammenhang wäre die Frage nach den institutionellen Schnittstellen zwischen politisch relevanten Bürgeraktivitäten (im Netz) und politischem System von erhöhtem Interesse. Die Schwächen des partizipatorischen Modells liegen nicht zuletzt in der Unterbewertung systemischer Rationalitäten, die im liberalen Ansatz angemessen berücksichtigt werden sowie in der Unterschätzung der Bedeutung von medial vorgegebenen Frames für die authentische Willensbildung des Individuums,[38] auf die wiederum in der deliberativen Lehre der Herausbildung von Identitäten im politischen Kommunikationsprozess fokussiert wird.

Der Terminus „Mediendemokratie“ signalisiert somit zunächst einmal einen Komplexitätszuwachs im Verhältnis zweier gesellschaftlicher Teilsysteme (Politik und Medien) – darüber hinaus bleibt die Bilanzierung möglicher Demokratisierungsgewinne bzw. -verluste in der (massen-)medial geprägten politischen Öffentlichkeit ambivalent. Jede der vorgestellten Demokratietheorien operiert mit einer spezifischen Leitunterscheidung und erzeugt dadurch unhintergehbar einen „blinden Fleck“, der im Rahmen

38 Diese Kritik trifft indes weniger für die konstruktionistisch orientierten Varianten der partizipatorischen Demokratietheorie zu.

des gewählten Ausgangsparadigmas aus theorietechnischen Gründen nicht mehr reflektiert werden kann. Nur eine „Demokratisierung der Demokratietheorien“ erscheint insofern aus kognitiver Sicht anschlussfähig an den komplexen Gegenwartshorizont. Die Konkurrenz zwischen unterschiedlichen Deutungsansätzen wird dabei nicht mit den üblichen Techniken „gelöst“, also weder durch die „Aufhebung“ einer Theorie in einer anderen, noch durch die Ausbildung einer übergreifenden Synthese. Vielmehr muss eine *Demokratietheorie zweiter Ordnung* beschreiben, wie aus unterschiedlichen Perspektiven das multidimensionale Projekt Demokratie konzeptualisiert wird und inwiefern die sich widerstreitenden Theoriemodelle geeignet erscheinen, gegenseitig ihre blinden Flecken auszuleuchten.[39]

Demokratie bleibt eine fragile Konstruktion, Demokratisierung ein unabgeschlossen-offener Prozess, der in der „Mediendemokratie“ neuen Herausforderungen ausgesetzt ist. Dabei ist grundsätzlich zu bedenken, dass die technischen Potenziale neuer (Massen-)Medien per se weder Demokratiegewinne noch -verluste implizieren. Erst im Verlauf der gesellschaftlichen Enkulturation neuer Technikoptionen erfolgen konkrete institutionelle Ausgestaltungen medialer Angebote, die normative Aussagen über Demokratisierungsperspektiven zulassen. Dabei wäre künftig verstärkt die politikwissenschaftliche Fragestellung zu untersuchen, inwiefern medienspezifische Entwicklungslinien unter demokratietheoretischen Gesichtspunkten sich ergänzen bzw. problematische Einseitigkeiten verstärken. Darüber hinaus muss die Demokratiefrage in der Mediengesellschaft spezifiziert werden im Hinblick auf unterschiedliche (nationale) politische Kulturen sowie auf sich herausbildende transnationale Räume (insbesondere in der EU). Gerade im Hinblick auf die erforderliche Kontextualisierung „mediendemokratischer“ Reflexionen erweist sich die vorgestellte komplexe Demokratietheoriearchitektur als zielführender konzeptioneller Rahmen, da sie differenzierte Anschlussmöglichkeiten offeriert und das Moment der Evolution in die Theoriebildung integriert. Wenn das Prinzip der Demokratie letztlich „im Offenhalten der Zukunft für Entscheidungslagen mit neuen Gelegenheiten und neuen Beschränkungen“ (Luhmann 2000: 301) liegt, dann ist diese Herausforderung künftig zu reflektieren im Hinblick auf die gestiegene Bedeutung der klassischen und neuen Medien für die politische Performanz. Jenseits kulturpessimistischer Bedrohungsszenarien liegt der konstruktive Sinn der Formel „Mediendemokratie“ darin, für diese demokratiepolitische Aufgabe eine kommunikative Plattform anzubieten, die unterschiedliche politikwissenschaftliche Anschlussoptionen zulässt und die Debatte in Gang hält.

Literatur

Abromeit, Heidrun, 2002: Wozu braucht man Demokratie? Die postnationale Herausforderung der Demokratietheorie. Opladen: Leske + Budrich.

Ackerman, Bruce, 1989: Why Dialogue?, in: The Journal of Philosophy 86, 5-22.

39 Eine solche „Perspektivenoptik“ sich wechselseitig erhellender und relativierender Deutungsvorschläge wird bereits entwickelt in Martinsen (2004) und dort spezifiziert in Bezug auf politikwissenschaftliche Theorien des Gewissens.

ALM, 2005/2006: Fernsehen in Deutschland 2005 (bzw. 2006). Programmforschung und Programmdiskurs, hrsg. v. der Arbeitsgemeinschaft der Landesmedienanstalten in der Bundesrepublik Deutschland (ALM).

Baecker, Dirk, 1996: Oszillierende Öffentlichkeit, in: *Maresch, Rudolf* (Hrsg.), Medien und Öffentlichkeit. Positionierungen – Symptome – Simulationsbrüche. Berlin: Boer, 89-107.

Baker, C. Edwin, 2006: Journalist Performance, Media Policy, and Democracy, in: *Marcinkowski, Frank/Meier, Werner A./Trappel, Josef* (Hrsg.), Medien und Demokratie. Europäische Erfahrungen (Media and Democracy. Experiences from Europe). Bern/Stuttgart/Wien: Haupt, 113-126.

Barber, Benjamin, 1994: Starke Demokratie. Hamburg: Rotbuch.

Barber, Benjamin, 2004: Which Technology and Which Democracy?, in: *Jenkins, Henry/Thorburn, David* (Hrsg.), Democracy and New Media. Cambridge, Mass./London: The MIT Press, 33-48.

Beck, Ulrich/Bonß, Wolfgang (Hrsg.), 2001: Die Modernisierung der Moderne. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Beierwaltes, Andreas, 2002: Demokratie und Medien. Der Begriff der Öffentlichkeit und seine Bedeutung für die Demokratie in Europa. 2. Aufl. Baden-Baden: Nomos.

Bieber, Christoph, 2006: Politik in der Mediendemokratie: Mehr Talkshows und TV-Duelle, in: politische bildung 39 (4): Politik im Politikunterricht, 66-83.

Bösch, Frank/Frei, Norbert, 2006: Die Ambivalenz der Medialisierung. Eine Einführung, in: *Bösch, Frank/Frei, Norbert* (Hrsg.), Medialisierung und Demokratie im 20. Jahrhundert. Göttingen: Wallstein, 7-23.

Bohman, James, 2007: Political Communication and the Epistemic Value of Diversity: Deliberation and Legitimation in Media Society, in: Communication Theory 17, 348-355.

Brodocz, André/Schaal, Gary S. (Hrsg.), 2006: Politische Theorien der Gegenwart. Eine Einführung, Bd. 1. 2. Aufl. Opladen/Farmington Hills: Barbara Budrich.

Buchstein, Hubertus, 1996: Bittere Bytes: Cyberbürger und Demokratietheorie, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 44, 583-607.

Buchstein, Hubertus, 1996a: Demokratietheorie – Sammelbesprechung, in: Politische Vierteljahresschrift 37 (3), 129-148.

Buchstein, Hubertus, 2004: Demokratie, in: *Göhler, Gerhard/Iser, Matthias/Kerner, Ina* (Hrsg.), Politische Theorie. 22 umkämpfte Begriffe zur Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 47-64.

Buchstein, Hubertus/Jörke, Dirk, 2003: Das Unbehagen an der Demokratietheorie, in: Leviathan 31 (4), 470-496.

Curran, James, 2000: Rethinking Media and Democracy, in: *Curran, James/Gurevitch, Michael* (Hrsg.), Mass Media and Society. 3. Aufl. London: Arnold, 120-154.

Daele, Wolfgang van den, 1997: Risikodiskussionen am „Runden Tisch“. Partizipative Technikfolgenabschätzung zu gentechnisch erzeugten herbizidresistenten Pflanzen, in: *Martinsen, Renate* (Hrsg.), Politik und Biotechnologie. Die Zumutung der Zukunft. Baden-Baden: Nomos, 281-301.

Dahrendorf, Ralf, 1993: Aktive und passive Öffentlichkeit. Über Teilnahme und Initiative im politischen Prozess moderner Gesellschaften, in: *Langenbucher, Wolfgang R.* (Hrsg.), Politische Kommunikation. Grundlagen, Strukturen, Prozesse. 2. überarb. Aufl. Wien: Braunmüller, 42-51.

Emmer, Martin/Vowe, Gerhard, 2004: Mobilisierung durch das Internet? Ergebnisse einer empirischen Längsschnittuntersuchung zum Einfluss des Internets auf die politische Kommunikation der Bürger, in: Politische Vierteljahresschrift 45 (2), 191-212.

Feindt, Peter Henning, 2001: Regierung durch Diskussion? Diskurs- und Verhandlungsverfahren im Kontext von Demokratietheorie und Steuerungsdiskussion. Frankfurt a. M.: Peter Lang.

Ferree, Myra Marx/Gamson, William A./Gerhards, Jürgen/Rucht, Dieter, 2002: Shaping Abortion Discourse: Democracy and the Public Sphere in Germany and the United States. Cambridge: Cambridge University Press.

Gerhards, Jürgen, 1995: Welchen Einfluß haben die Massenmedien auf die Demokratie in der Bunderepublik Deutschland, in: *Göhler, Gerhard* (Hrsg.) Macht der Öffentlichkeit – Öffentlichkeit der Macht. Baden-Baden: Nomos, 149-177.
Gerhards, Jürgen, 1998: Konzeptionen von Öffentlichkeit unter den heutigen Medienbedingungen, in: *Jarren, Otfried/Krotz, Friedrich* (Hrsg.), Öffentlichkeit unter Viel-Kanal-Bedingungen. Baden-Baden/Hamburg: Nomos, 25-47.
Gerhards, Jürgen/Neidhardt, Friedhelm/Rucht, Dieter, 1998: Zwischen Palaver und Diskurs. Strukturen öffentlicher Meinungsbildung am Beispiel der deutschen Diskussion zur Abtreibung. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
Gerhards, Jürgen/Schäfer, Mike S., 2007: Demokratische Internet-Öffentlichkeit? Ein Vergleich der öffentlichen Kommunikation im Internet und in den Printmedien am Beispiel der Humangenomforschung, in: Publizistik 52 (2), 210-228.
Geser, Hans, 2000: Auf dem Weg zur Neuerfindung der politischen Öffentlichkeit. Das Internet als Plattform der Medienentwicklung und des sozio-politischen Wandels, in: *Martinsen, Renate/ Simonis, Georg* (Hrsg.), Demokratie und Technik – (k)eine Wahlverwandtschaft? Opladen: Leske + Budrich, 401-429.
Gibbons, Michael/Limoges, C./Nowotny, H./Schwartzman, S./Scott, P./Trow, M., 1994: The New Production of Knowledge: The Dynamics of Science and Research in Contemporary Societes. London: Sage.
Göhler, Gerhard (Hrsg.), 1995: Macht der Öffentlichkeit – Öffentlichkeit der Macht. Baden-Baden: Nomos.
Grunwald, Armin/Banse, Gerhard/Coenen, Christopher/Hennen, Leonhard, 2006: Netzöffentlichkeit und digitale Demokratie. Tendenzen politischer Kommunikation im Internet. Berlin: sigma.
Guggenberger, Bernd, 1996: Artikel „Demokratie/Demokratietheorie“, in: *Nohlen, Dieter* (Hrsg.), Wörterbuch Staat und Politik. 4. Aufl. München/Zürich: Piper, 80-90.
Habermas, Jürgen, 1990: Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. 11. Aufl. Darmstadt/Neuwied: Luchterhand.
Habermas, Jürgen, 1992: Drei normative Modelle der Demokratie: Zum Begriff deliberativer Politik, in: *Münkler, Herfried* (Hrsg.), Die Chancen der Freiheit. Grundprobleme der Demokratie, 11-24.
Habermas, Jürgen, 1994: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. 4. erw. Aufl. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
Habermas, Jürgen, 2006: Political Communication in Media Society: Does Democracy Still Enjoy an Epistemic Dimension? The Impact of Normative Theory on Empirical Research, in: Communication Theory 16, 414-426.
Häussler, Thomas, 2006: Die kritische Masse der Medien: Massenmedien und deliberative Demokratie. Skizze zu einer analytischen Umsetzung, in: *Imhof, Kurt/Blum, Roger/Bonfadelli, Heinz/ Jarren, Otfried* (Hrsg.), Demokratie in der Mediengesellschaft. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 304-318.
Honneth, Axel (Hrsg.), 1994: Kommunitarismus. Eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften. 2. Aufl. Frankfurt a. M.: Campus.
Imhof, Kurt/Blum, Roger/Bonfadelli, Heinz/Jarren, Otfried (Hrsg.), 2006: Demokratie in der Mediengesellschaft. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
Imhof, Kurt/Blum, Roger/Bonfadelli, Heinz/Jarren, Otfried, 2006a: Einleitung: Demokratie in der Mediengesellschaft, in: *Imhof, Kurt/Blum, Roger/Bonfadelli, Heinz/Jarren, Otfried* (Hrsg.), Demokratie in der Mediengesellschaft. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 9-21.
Jäckel, Michael/Brosius, Hans-Bernd, 2005: Nach dem Feuerwerk: 20 Jahre duales Fernsehen in Deutschland. Erwartungen, Erfahrungen und Perspektiven. München: Fischer.
Jarren, Otfried/Donges, Patrick, 2006: Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft. Eine Einführung. 2. überarb. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
Jarren, Otfried, 2007: Die Regulierung der öffentlichen Kommunikation. Medienpolitik zwischen Government und Governance, in: Zeitschrift für Literaturwissenschaft und Linguistik 146, hrsg. v. Ralf Schnell, 131-153.

Jarren, Otfried/Donges, Patrick/Weßler, Hartmut, 1996: Medien und politischer Prozeß. Eine Einleitung, in: *Jarren, Otfried/Schatz, Heribert/Weßler, Hartmut* (Hrsg.), Medien und politischer Prozeß. Politische Öffentlichkeit und massenmediale Politikvermittlung im Wandel. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
Jörke, Dirk, 2005: Auf dem Weg zur Postdemokratie, in: Leviathan 33 (4), 482-491.
Kaase, Max 1998: Demokratisches System und die Mediatisierung von Politik, in: *Sarcinelli, Ulrich* (Hrsg.), Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft. Beiträge zur politischen Kommunikationskultur. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 24-51.
Klein, Ansgar, 2002: Der Diskurs der Zivilgesellschaft, in: *Meyer/Thomas/Weil, Reinhard* (Hrsg.), Die Bürgergesellschaft. Perspektiven für Bürgerbeteiligung und Bürgerkommunikation. Bonn: J. H. W. Dietz, 37-64.
Knorr-Cetina, Karin, 1995: Laborstudien. Der kultursoziologische Ansatz in der Wissenschaftsforschung, in: *Martinsen, Renate* (Hrsg.), Das Auge der Wissenschaft. Zur Emergenz von Realität. Baden-Baden: Nomos, 101-135.
Koenen, Elmar J., 1996: Die Wiederkehr der Öffentlichkeit, in: Soziologische Revue 19, 36-41.
Korte, Karl-Rudolf/Fröhlich, Manuel, 2004: Politik und Regieren in Deutschland. Paderborn u. a.: Schöningh.
Krotz, Friedrich, 2006: Das Konzept „Digitale Spaltung" – ein modernisierungstheoretisch begründeter Ansatz, der an der Wirklichkeit vorbeigeht? Ein Kommentar zu den Beiträgen und eine Kritik des Konzepts, in: *Imhof, Kurt/Blum, Roger/Bonfadelli, Heinz/Jarren, Otfried* (Hrsg.), Demokratie in der Mediengesellschaft. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 362-376.
Krüger, Udo Michael, 2005: Konsonanz – Konkurrenz – Konfusion? Programmprofile im Überblick, in: Communicatio Socialis 38 (1), 14-34.
Krüger, Udo Michael, 2008: InfoMonitor 2007: Unterschiedliche Nachrichtenkonzepte bei ARD, ZDF, RTL und SAT.1. Ergebnisse der kontinuierlichen Analyse der Fernsehnachrichten, in: Media Perspektiven 2, 58-90.
Krüger, Udo Michael/Zapf-Schramm, Thomas, 2007: Sparten, Sendungsformen und Inhalte im deutschen Fernsehangebot 2006. Programmanalyse von ARD/Das Erste, ZDF, RTL, SAT.1 und ProSieben, in: Media Perspektiven 4, 166-186.
Leggewie, Claus, 1998: Demokratie auf der Datenautobahn oder: Wie weit geht die Zivilisierung des Cyberspace?, in: *Leggewie, Claus/Maar, Christa* (Hrsg.), Internet & Politik. Von der Zuschauer- zur Beteiligungsdemokratie? Köln: Bollmann, 15-51.
Leggewie, Claus/Bieber Christoph, 2001: Interaktive Demokratie. Politische Online-Kommunikation und digitale Politikprozesse, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 41-42, 37-45.
Lenk, Kurt, 1993: Probleme der Demokratie, in: *Lieber, Hans-Joachim* (Hrsg.), Politische Theorien von der Antike bis zur Gegenwart. 2. Aufl. München: Olzog, 933-989.
Lucht, Jens, 2006: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk: ein Auslaufmodell? Grundlagen – Analysen – Perspektiven. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
Luhmann, Niklas, 2000: Die Politik der Gesellschaft. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
Luhmann, Niklas, 2004: Die Realität der Massenmedien. 3. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
Luhmann, Niklas, 2005: Gesellschaftliche Komplexität und öffentliche Meinung, in: *Luhmann, Niklas,* Soziologische Aufklärung 5: Konstruktivistische Perspektiven. 3. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 163-175.
Maletzke, Gerhard, 1976: Ziele und Wirkungen der Massenkommunikation. Grundlagen und Probleme einer zielorientierten Mediennutzung. Hamburg: Bredow-Institut.
Mambrey, Peter, 2000: Neue interaktive Medien eröffnen Potentiale für digitale politische Partizipation und neue Formen von Öffentlichkeit, in: *Martinsen, Renate/Simonis, Georg* (Hrsg.), Demokratie und Technik – (k)eine Wahlverwandtschaft? Opladen: Leske + Budrich, 335-361.
Marcinkowski, Frank, 2002: Politische Öffentlichkeit. Systemtheoretische Grundlagen und politikwissenschaftliche Konsequenzen, in: *Hellmann, Kai-Uwe/Schmalz-Bruns, Rainer* (Hrsg.), Theorie der Politik. Niklas Luhmanns politische Soziologie. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 85-108.

Marcinkowski, Frank/Meier, Werner A./Trappel, Josef (Hrsg.), 2006: Medien und Demokratie. Europäische Erfahrungen (Media and Democracy. Experiences from Europe). Bern/Stuttgart/Wien: Haupt.

Marcinkowski, Frank/Meier, Werner A./Trappel, Josef, 2006a: Medien und Demokratie: Einleitung, in: *Marcinkowski, Frank/Meier, Werner A./Trappel, Josef* (Hrsg.), Medien und Demokratie. Europäische Erfahrungen (Media and Democracy. Experiences from Europe). Bern/Stuttgart/Wien: Haupt, 7-20.

Marcinkowski, Frank/Steiner, Adrian, 2009: „Was heißt Medialisierung“? Autonomiebeschränkung oder Ermöglichung von Politik durch Massenmedien, in: *Arnold, Klaus/Classen, Christoph/Lersch, Edgar/Kinnebrock, Susanne/Wagner, Hans-Ulrich* (Hrsg.), Von der Politisierung der Medien zur Medialisierung des Politischen? Leipzig: Leipziger Universitätsverlag (im Druck).

Marschall, Stefan, 2001: Das Parlament in der Mediengesellschaft – Verschränkungen zwischen parlamentarischer und massenmedialer Arena, in: Politische Vierteljahresschrift 42 (3), 388-413.

Marschall, Stefan, 2007: Politik- und Gesellschaftsberatung in der „Mediendemokratie“, in: *Leggewie, Claus* (Hrsg.), Von der Politk- zur Gesellschaftsberatung. Neue Wege gesellschaftlicher Konsultation. Frankfurt a. M./New York: Campus, 153-170.

Martinsen, Renate, 2004: Staat und Gewissen im technischen Zeitalter. Prolegomena einer politologischen Aufklärung. Weilerswist: Velbrück.

Martinsen, Renate, 2006: Demokratie und Diskurs. Organisierte Kommunikationsprozesse in der Wissensgesellschaft. Baden-Baden: Nomos.

Martinsen, Renate, 2007: Gesellschaftsberatung als „chinese whisper“ – zur Rolle (medial vermittelter) Öffentlichkeit in Politikberatungsprozessen, in: *Leggewie, Claus* (Hrsg.), Von der Politk- zur Gesellschaftsberatung. Neue Wege gesellschaftlicher Konsultation. Frankfurt a. M./New York: Campus, 51-69.

Martinsen, Renate, 2007a: Politikberatung im Kontext der (Global) Governance-Diskussion: Regieren jenseits der Weltvernunftherrschaft, in: *Hellmann, Gunter* (Hrsg.), Forschung und Beratung in der Wissensgesellschaft. Das Feld der internationalen Beziehungen und der Außenpolitik. Baden-Baden: Nomos, 81-117.

Martinsen, Renate/Simonis, Georg (Hrsg.), 2000: Demokratie und Technik – (k)eine Wahlverwandtschaft? Opladen: Leske + Budrich.

Massing, Peter (Hrsg.), 2004: Politische Bildung, Jg. 36: Mediendemokratie. Grundlagen – Anspruch – Wirklichkeit. Schwalbach/Ts.: Wochenschau.

Maus, Ingeborg, 1994: Zur Aufklärung der Demokratietheorie. Rechts- und demokratietheoretische Überlegungen im Anschluß an Kant. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Mazzoleni, Gianpietro/Schulz, Winfried, 1999: „Mediatization“ of Politics: A Challenge for Democracy?, in: Political Communication 16, 247-261.

Meyer, Thomas, 2002: Mediokratie – Auf dem Weg in eine andere Demokratie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 15/16, 7-14.

Meyer, Thomas, 2003: Die Theatralik der Politik in der Mediendemokratie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 53, 12-19.

Meyer, Thomas, 2003a: Politik und Medien, in: *Nassehi, Armin/Schroer, Markus* (Hrsg.), Der Begriff des Politischen. Soziale Welt, Sonderband 14, 263-279.

Möller, Erik, 2005: Die heimliche Medienrevolution. Wie Weblogs, Wikis und freie Software die Welt verändern. Hannover: Heise.

Müller-Doohm, Stefan, 1998: Öffentlichkeit und die Ausdifferenzierung des Systems der Kommunikationsmedien, in: *Jarren, Otfried/Krotz, Friedrich* (Hrsg.), Öffentlichkeit unter Viel-Kanal-Bedingungen. Baden-Baden/Hamburg: Nomos.

Münch, Richard, 1997: Mediale Ereignisproduktion: Strukturwandel der politischen Macht, in: *Hradil, Stefan* (Hrsg.), Differenz und Integration. Die Zukunft moderner Gesellschaften. Verhandlungen des 28. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Dresden. Opladen: Westdeutscher Verlag, 696-709.

Münkler, Herfried, 2002: Neue Oligarchien? Über den jüngsten Wandel der Demokratie unter dem Einfluß von neuen Medien und veränderter Bürgerpartizipation, in: *Münkler, Herfried/ Llanque, Marcus/Stepina, Clemens K.* (Hrsg.), Der demokratische Nationalstaat in den Zeiten der Globalisierung. Politische Leitbilder für das 21. Jahrhundert. Berlin: Akademie Verlag, 163-174.

Neidhardt, Friedhelm (Hrsg.), 1994: Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 34. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Neidhardt, Friedhelm, 1994a: Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen, in: *Neidhardt, Friedhelm* (Hrsg.), Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 34. Opladen: Westdeutscher Verlag, 7-41.

Pelinka, Anton, 1974: Dynamische Demokratie. Zur konkreten Utopie gesellschaftlicher Gleichheit. Stuttgart u. a.: Kohlhammer.

Peters, Bernhard/Weßler, Hartmut, 2006: Transnationale Öffentlichkeiten – analytische Dimensionen, normative Standards, sozialkulturelle Produktionsstrukturen, in: *Imhof, Kurt/Blum, Roger/ Bonfadelli, Heinz/Jarren, Otfried* (Hrsg.), Demokratie in der Mediengesellschaft. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 125-144.

Pfetsch, Barbara, 1991: Politische Folgen der Dualisierung des Rundfunksystems in der Bundesrepublik Deutschland. Konzepte und Analysen zum Fernsehangebot und zum Publikumsverhalten. Baden-Baden: Nomos.

Pfetsch, Barbara, 2006: Wandlungsprozesse politischer Öffentlichkeit – Zur „Entgrenzung" lokaler, nationaler und alternativer Kommunikationsinfrastrukturen, in: *Imhof, Kurt/Blum, Roger/Bonfadelli, Heinz/Jarren, Otfried* (Hrsg.), Demokratie in der Mediengesellschaft. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 228-236.

Plake, Klaus, 2004: Handbuch Fernsehforschung. Befunde und Perspektiven. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Rammert, Werner, 2004: The Rising Relevance of Non-Explicit Knowledge under a New Regime of Knowledge Production, in: *Stehr, Nico* (Hrsg.), The Governance of Knowledge. New Brunswick, N.J.: Transaction Publishers, 85-102.

Rucht, Dieter/Yang, Mundo/Zimmermann, Ann, 2008: Politische Diskurse im Internet und in Zeitungen: Das Beispiel Genfood. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Rawls, John, 1994, Gerechtigkeit als Fairneß: politisch und nicht metaphysisch, in: *Honneth, Axel* (Hrsg.), Kommunitarismus. Eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften. 2. Aufl. Frankfurt a. M.: Campus, 36-67.

Sandel, Michael, 1994: Die verfahrensrechtliche Republik und das ungebundene Selbst, in: *Honneth, Axel* (Hrsg.), Kommunitarismus. Eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften. 2. Aufl. Frankfurt a. M., 18-35.

Sarcinelli, Ulrich, 1998: Parteien und Politikvermittlung: Von der Parteien- zur Mediendemokratie?, in: *Sarcinelli, Ulrich* (Hrsg.), Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft. Beiträge zur politischen Kommunikationskultur. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 273-296.

Sarcinelli, Ulrich, 2006: Zur Entzauberung von Medialisierungseffekten: Befunde zur Interdependenz von Politik und Medien im intermediären System, in: *Imhof, Kurt/Blum, Roger/Bonfadelli, Heinz/Jarren, Otfried* (Hrsg.), Demokratie in der Mediengesellschaft. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 117-124.

Saretzki, Thomas, 1995: „Arguing" oder „Bargaining": Selbstbindung der Politik durch öffentliche Diskurse, in: *Göhler, Gerhard* (Hrsg.), Macht der Öffentlichkeit – Öffentlichkeit der Macht. Baden-Baden: Nomos, 277-311.

Saretzki, Thomas, 2000: Technologische Bürgerschaft? Anmerkungen zur Konstruktion von „citizenship" in einer technologischen „poliy", in: *Martinsen, Renate/Simonis, Georg* (Hrsg.), Demokratie und Technik – (k)eine Wahlverwandtschaft? Opladen: Leske + Budrich, 17-52.

Schäffner, Gerhard, 2000: Fernsehen, in: *Faulstich, Werner* (Hrsg.), Grundwissen Medien. 4. Aufl. München u. a.: Fink, 174-200.

Scharpf, Fritz W., 1970: Demokratietheorie zwischen Utopie und Anpassung. Konstanz: Universitätsverlag Konstanz.

Schatz, Heribert, 1992: Auf dem Prüfstand. Zur Weiterentwicklung der Konvergenzhypothese, in: Medium 1, 49-52.

Schatz, Heribert/Immer, Nikolaus/Marcinkowski, Frank, 1989: Der Vielfalt eine Chance? Empirische Befunde zu einem zentralen Argument für die „Dualisierung“ des Rundfunks in der Bundesrepublik Deutschland, in: Rundfunk & Fernsehen 1, 5-24.

Schmalz-Bruns, Rainer, 1996: Demokratietheoretische Aspekte einer ökologischen Modernisierung der Politik, in: *Feindt, Peter Henning/Gessenharter, Wolfgang/Birzer, Markus/Fröchling, Helmut,* (Hrsg.), Konfliktregelung in der offenen Bürgergesellschaft. Dettelbach: Röll, 37-64.

Schmalz-Bruns, Rainer, 2001: Internet-Politik. Zum demokratischen Potenzial der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien, in: *Simonis, Georg/Martinsen, Renate/Saretzki, Thomas* (Hrsg.), Politik und Technik. Analysen zum Verhältnis von techologischem, politischem und staatlichem Wandel am Anfang des 21. Jahrhunderts (PVS-Sonderheft 31). Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 108-131.

Schmidt, Manfred G., 1995: Demokratietheorien. Opladen: Leske + Budrich.

Schmidt, Manfred, G., 1997: Komplexität und Demokratie. Ergebnisse älterer und neuerer Debatten, in: *Klein, Ansgar/Schmalz-Bruns, Rainer* (Hrsg.), Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland. Möglichkeiten und Grenzen. Baden-Baden: Nomos, 41-58.

Siedschlag, Alexander/Rogg, Arne/Welzel, Carolin, 2002: Digitale Demokratie. Willensbildung und Partizipation per Internet. Opladen: Leske + Budrich.

Sousa, Helena/Pinto, Manuel, 2006: Media Policy, Economics and Citizenship. A Peculiar Model for Participatory Public Service Television, in: *Marcinkowski, Frank/Meier, Werner A./Trappel, Josef* (Hrsg.), 2006: Medien und Demokratie. Europäische Erfahrungen (Media and Democracy. Experiences from Europe). Bern/Stuttgart/Wien: Haupt, 231-251.

Street, John, 2001: Mass Media, Politics and Democracy. Houndmills/Hew York, N.Y.: Palgrave.

Tobler, Stefan, 2006: Deliberation und transnationale Öffentlichkeit. Eine Prozessperspektive demokratischer Öffentlichkeit, in: *Imhof, Kurt/Blum, Roger/Bonfadelli, Heinz/Jarren, Otfried* (Hrsg.), Demokratie in der Mediengesellschaft. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 161-181.

Touraine, Alain, 1997: What is Democracy? Bolder: Westview Press.

Vowe, Gerhard/Dohle, Marco, 2007: Politische Kommunikation im Umbruch – neue Forschung zu Akteuren, Medieninhalten und Wirkungen, in: Politische Vierteljahresschrift 48 (2), 338-359.

Wirth, Werner/Matthes, Jörg, 2006: Eine wundervolle Utopie? Möglichkeiten und Grenzen einer normativen Theorie der (medienbezogenen) Partizipation im Lichte der neueren Forschung zum Entscheidungs- und Informationshandeln, in: *Imhof, Kurt/Blum, Roger/Bonfadelli, Heinz/Jarren, Otfried* (Hrsg.), Demokratie in der Mediengesellschaft. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 341-361.

Young, Iris, 1993: Das politische Gemeinwesen und die Gruppendifferenz. Eine Kritik am Ideal des universalen Staatsbürgerstatus, in: *Nagl-Docekal, Herta/Pauer-Studer, Herlinde* (Hrsg.), Jenseits der Geschlechtermoral. Beiträge zur feministischen Ethik. Frankfurt a. M.: Fischer, 267-304.

Zimmermann, Ann, 2007: Online-Öffentlichkeiten als Gegenstand empirischer Forschung, in: Berliner Journal für Soziologie 2, 167-187.